

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Belegzettel),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanigh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Bebenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreieckige Zeitzone oder deren Raum 30.-

Inhalt: Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Liberalismus und Sozialdemokratie. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Wahrheit über den „Streitbruch“ in Argentinië. Aus Österreich. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Der Sieger von Berlin. Aus Holland. Aus Schweden. — Zentralarbeitskasse. — Von Bau; Unfälle, Arbeitsschutz, Submissions etc. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Berufsfestes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Teilestton: Hamburg als Gewerkschaftsstadt.

Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 22. Juni, tritt im Gewerkschaftshause zu Hamburg der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Seine Tagung wird voraussichtlich eine volle Woche in Anspruch nehmen und diese Zeit erscheint in Betracht der umfangreichen Tagesordnung noch als knapp bemessen. Allein der Rechenschaftsbericht der Generalkommission, den C. Legien-Berlin erststellt wird, umfasst in seinen einzelnen Punkten ganz natürlich ein Beratungsmaterial von erheblichem Umfange; es sind dazu bereits Dutzende von Anträgen gestellt und weitere Anträge werden ohne Zweifel noch im Verlaufe der Beratungen gestellt werden. Da steht in erster Linie die allgemeine Agitation, ein Punkt, der ganz gewiß aller gründlichen Erörterung wert ist; denn auf die Agitation kommt es ja für die Fortentwicklung der Gewerkschaften in erster Linie mit an. Dass sie bisher gute Früchte getragen hat, steht fest; aber das Streben muss unausgesezt darauf gerichtet sein, dass sie immer fruchtbarer werde. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Berufe müssen der Organisation noch gewonnen werden. In dieser Richtung gehen die Anträge, die die Errichtung eines Arbeiterinnensekretariats, die Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern, den Heimarbeiterschutz, die Befreiung des Kost- und Logiszwanges beim Unternehmer usw. betreffen. Wohl muss jede Gewerkschaft bei ihrer Agitation mit gewissen besonderen Verhältnissen rechnen; aber unbeschadet dessen lassen sich für die Agitation im allgemeinen sehr wohl feste Normen und leitende Gesichtspunkte aufstellen, die nach unserem Ermessen vornehmlich darauf gerichtet sein müssen, die Arbeiter mit dem Geist des demokratischen Sozialismus zu erfüllen. In diesem Geiste allein ist eine gesunde und kräftige Arbeiterbewegung möglich.

Mit solch einer Agitation muss sich der gute Wille für die Ausgestaltung und Kräftigung der Organisation verbinden. Die sicherste Grundlage aller Organisation ist und wird stets bleiben die Erkenntnis, die richtige Einsicht in das wirtschaftliche, politische und soziale Wesen der Gesellschaft, das unverzweigbar treue Bekenntnis zu den gerechten und großen Prinzipien, denen die moderne Arbeiterbewegung genügen muss, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will. Vom ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands an können wir das nicht hoch genug anzuschlagende Streben der freien Centralorganisationen und ihrer Generalkommission Schritt um Schritt verfolgen, diese Organisationen zu einem immer mehr maßgebenden und entscheidenden Machtfaktor im gewaltigen Interessenkampf zwischen Arbeit und Kapital zu entwickeln. Mit Recht haben sich die Kongresse und hat sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stets bemüht, mehr und mehr den Interessen aller Arbeiter gerecht zu werden.

Unter diesem Gesichtspunkte sind, abgesehen von den schon erwähnten Agitationsfragen, auch die meisten

anderen Punkte der Tagesordnung des Kongresses zu beurteilen. Da kommen hauptsächlich noch in Betracht das Arbeitersekretariatswesen, wozu Robert Schmidt-Berlin einen Bericht und F. Poesch-Berlin ein Referat über die Vertretung der Rechtsprechenden durch die Arbeiter vor den Gerichten erstatten wird; die staatliche Versicherung der Privatangestellten (Referent P. Lange-Hamburg); die gewerbsmäßige Stellenvermittlung (Referent H. Poesch-Berlin); die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland (Referent H. Molkenbuhr-Berlin).

Auch die Organisation zur Erziehung der Jugend (Ref. R. Schmidt-Berlin) soll auf dem Kongress erörtert werden. Wir wünschen, dass dies Thema in dem Sinne behandelt und entschieden wird, wie es (vorüber, wir kürzlich berichteten) von dem hamburgischen Gewerkschaftsrat in Verbindung mit der sozialdemokratischen Parteileitung geschehen ist.

Wir wünschen dies, trotz dem Prononcimento der „Leipziger Volkszeitung“, die in ihrer Nummer vom 13. Juni eine schreckliche Gefahr darin sieht, dass sich der Gewerkschaftskongress mit dieser Frage beschäftigt. Dieses Blatt, das sich erst neulich von einem anderen Parteiorgan eine peinliche Wahrheit über sein Verhalten zu den Gewerkschaften sagen lassen musste, ergeht sich auch bei dieser Gelegenheit wieder in unbegründeten und freibolten Verdächtigungen. Der Genosse Legien hat in einem in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlichten Artikel geschrieben, dass sich der Kongress auch mit der Frage der Jugendorganisation beschäftigen werde, nachdem schon die legte Konferenz der Verbandsvorstände darüber verhandelt habe. In der Frage selbst vertritt Legien den auch von uns geteilten Standpunkt. Dieser harmlose Artikel ist die Veranlassung zu den Angriffen des Leipziger Blattes. Es schreibt, dass die darin mitgeteilten Tatsachen auf die Parteigenossen, die keinen Zutritt zu dem alljährlichen „Geheimkonventikel der Gewerkschaftsbeamten hätten“, wie eine Sensation wirken müsse. Die Gewerkschaftsführer wollten „die Jugendorganisationen vernichten und etwas an ihre Stelle setzen, an dem jeder freisinnige Turnlehrer seine Freunde haben müsse“. Und von alledem habe sie kein Wort erfahren.

Der Parteivorstand hätte den Vertrauensbruch mit dem Protokoll vom Jahre 1906 wiederholen und die Partei über die Verhandlungen des Geheimkonventikels unterrichten sollen. Es gebe ja nicht weiter, dass der eine Zweig der Arbeiterbewegung niederritte, was der andere aufbaue, denn das, was die Gewerkschaften mit den Jugendorganisationen vorhätten, bediente deren Verstärkung.

Wir dürfen wohl hoffen, dass es der Gewerkschaftskongress an einer Zurückweisung dieser gehässigen Angriffe nicht fehlen lassen wird. Dass sich der Kongress von der Leipziger Parteidokumentation beeinflussen lässt, ist völlig ausgeschlossen. Aber auch außerhalb des Kongresses dürfte sie schwerlich Beifall und Verständnis finden. Denn das, was sie sensationell nennt, ist längst bekannt. Die Tatsache, dass sich die Vorstandskonferenz mit der Jugendorganisation beschäftigt hat, kommt jeder in den darüber veröffentlichten Bericht („Correspondenzblatt“ Nr. 52 vom Jahrz. 1907, „Grundstein“ Nr. 3 vom Jahrz. 1908) leien. Und in dem sachlichen Streit über Form und Aufgabe der Jugendorganisationen werden gerade die die Ansichten der Gewerkschaften teilen, die in diesen Organisationen praktisch tätig sind, wozu die Genossen von der „Leipziger Volkszeitung“ jedenfalls nicht gehören.

Auf dem Gebiete der rein gewerkschaftlichen Kampftaktik liegen die zu verhandelnden Fragen über Streitunterstützung und Streitstatistik und über den

Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Wir wollen weder in dem einen oder anderen dieser Punkte dem Kongress mit Ausgebung unserer Ansichten vorgreifen; wir glauben überzeugt sein zu dürfen, dass er unter voller Begründung der Entscheidungen gelangen wird unter voller Begründung des Prinzips der Solidarität, das ja ganz besonders bei der gegenseitigen Unterstützung im Kampfe zur Geltung kommen soll und muss.

Ein reicher Schatz der Erfahrung aller Art steht dem Kongress zu Gebote. Wenn sich Erfahrung und Einsicht mit gutem Willen paaren, so ist sichere Gewähr dafür gegeben, dass Gutes zu stande kommt. Wir zweifeln nicht daran, dass das auf dem sechsten Gewerkschaftskongress der Fall sein wird. Mögen alle Teilnehmer nur beständig geleitet sein von dem Hinblick auf die großartige Entwicklung der gewerkschaftlichen Centralverbände Deutschlands seit dem Anfang der neunziger Jahre. Damals, nachdem die Herrschaft des Sozialistengesetzes die freie Gewerkschaftsbewegung fast vollständig vernichtet hatte, muhte sie erst wieder anfangen, sich aus kleinen und kleinen Anfängen zu entwickeln. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 beschloss ein Gewerkschaftskongress, dass sich gegenüber dem losalen Vereinswesen alle Arbeiter in Centralverbänden organisieren sollten und dass sich nur diese an die damals eingeführte „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ anschließen durften. Im Jahre 1894 hatten die Centralverbände eine Mitgliederzahl von 246 494; die Mitgliederzahl ist seitdem fast durchweg rapide gestiegen; zehn Jahre später — 1904 — belief sie sich auf 1 052 108; im Jahre 1906 hatte sie die Höhe von rund 1 800 000 erreicht und im Jahresdurchschnitt war diese Zahl um rund 65 000 überschritten. Die Befürchtung, dass unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise, mit der seit etwa einem Jahre zu rechnen ist, eine Verminderung der Mitgliederzahl eintreten würde, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrt.

Gegenüber den der Generalkommission angeschlossenen gewerkschaftlichen Centralverbänden sind alle übrigen gewerkschaftlichen Organisationen, die Kirch-Denker-Gewerkschaften, die christlichen und die gelben Gewerkschaften usw. von höchst untergeordneter, ja geradezu verschwindender Bedeutung. Mit ihnen nahezu zwei Millionen Mitgliedern sind die freien Centralverbände Deutschlands an die Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen aller Kulturländer gerückt. Sie haben in bezug auf die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder selbst England, das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung, und auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika überholt. Ihre Leistungen haben sich in denselben Maße erhöht, wie ihre Stärke zunommen hat. Sie dürfen alles in allem hoch zu rüden sein, mit den Erfolgen, die sie im harten Kampf mit dem Unternehmertum um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen haben. Diese Erfolge sind nicht nur den Mitgliedern der Organisationen, sondern weitesten Kreisen der beruflichen Arbeiterschaften überhaupt zu gute gekommen; ja, wir dürfen sagen, dass das propagandistische und organisatorische Wirken, der Kampf der freien gewerkschaftlichen Centralverbände, die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in hohem Maße zu Gunsten der Arbeiterklasse beeinflusst hat. Damit sind sie zugleich ein politischer Machtfaktor geworden, der ganz naturgemäß einen integrierenden Teil der politischen Partei des demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie bildet, ohne dass seine Selbständigkeit dadurch im geringsten beeinträchtigt wird.

Das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei ist im Laufe der letzten Jahre unter Überwindung von mancherlei Anschauungs-

gegensägen nach unserem Erniessen völlig ausreichend dahin gestärkt worden, daß die sich im Geiste des demokratischen Sozialismus auf gewerkschaftlichem und partei-politischem Gebiete vollziehende Arbeiterbewegung in ihren Grundsätzen und ihren Zielen völlig einheitlich ist und daß diese Einheitlichkeit nicht dadurch beeinträchtigt oder gestört werden kann; daß die Gewerkschaften ganz notwendig auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessenkämpfe selbstständig, unabhängig von den politischen Parteien wirken. Wie die Gewerkschaften ihre Entwicklung und die Erfolge ihrer Kämpfe in erheblichem Maße mit der sozialdemokratischen Partei verbunden, so verankt umgekehrt die Partei den freien Gewerkschaften sehr viel.

Dessen sollen die Gewerkschaften und soll die Partei stets eingedenkt sein. Von außerordentlichem Wert für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die ganze Kulturrevolution ist, daß in den selbständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in ihrer sozialaristischen, sozialökonomischen Betätigung für die gemeinsamen Interessen der demokratischen Geist ganz notwendig stets gepflegt und gestärkt wird; er führt, wie die Erfahrung lehrt, zum politischen Demokratismus, und damit ganz konsequent zur Sozialdemokratie. Das ist in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft und vornehmlich auch in den Kreisen ihrer Eltern nicht verkannt worden, und diese Erkenntnis wird immer mehr dazu beitragen, etwa noch aufstauende Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei leicht zu überwinden. Wir entbieten dem nächsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands unsern herzlichsten Gruß mit dem Wunsche, daß seine Beratungen zu guten Erfolgen führen mögen. Ein besonders starker Sporn und Antrieb muß und wird ihm sein die Betrachtung der sich mehr und mehr entwidelnden organisatorischen Macht des Unternehmers. Hinter dieser darf die Entwicklung der Macht der Arbeiterschaft nicht zurückbleiben. Vorauswärts, unermüdlich vorauswärts! ist die Parole der organisierten Arbeiterschaft stets gewesen, und wirh, davon sind wir fest überzeugt, auch die Parole des sechsten Gewerkschaftskongresses sein.

Liberalismus und Sozialdemokratie.

IV.

Dem modernen Liberalismus geht es mit der Praxis der Humanität, wie der christlichen Religion mit der Praxis der Liebe; bei beiden ist die Praxis das genaue Gegenteil von der Grundidee. Der Liberalismus hat seinen ursprünglich ungewollt innewohnenden humanitären Beruf versiegt von dem Augenblick an, wo er gleichbedeutend wurde mit der Herrschaft des Kapitalismus, wo er aus der See zur Praxis überging.

Einst war wirtschaftliche Ungleichheit, die Ausbeutung der großen Massen durch eine kleine Anzahl Vorrechteiter das

Grundprinzip jeder staatlichen und moralischen Ordnung. Gleichviel, welchen politischen Auffassung die Staaten des Altertums und des Mittelalters auch gehuldigt haben möchten — der Grund ist, daß die Menschen von Natur aus nicht gleich seien, daß es Vorrechteiter und Parias gebe, war allen diesen Staaten gemeinsam; sie unterschieden sich höchstens durch die Methode voneinander, nach der zwischen Vorrechteiter und Untertanen gesetzten, zwischen Herren und Untertanen die Grenzlinie gezogen war. Demokratisch nannte man nach damaligen Begriffen jedes Staatswesen, in dem ganze Volksklassen an der Herrschaft und der Ausbeutung teilnahmen; aristokratisch dasjenige, in welchem die Zahl der Herren im Verhältnis zu jener der Untertanen gering war. Seit der großen französischen Revolution ist es die absolute Gleichheit vor dem Gesetz zur prinzipiellen Rechtsüberzeugung aller zivilisierten Staaten geworden. Sagen kann sagen, daß kaum jemals zuvor eine neue Idee so vollständig triumphiert hat wie diese.

Aber diese Anerkennung des Prinzips steht keine Unschärfe im praktischen Leben gegenüber. Die unbedingte Gleichheit vor dem Gesetz geht Hand in Hand mit einer Ausschließung der arbeitenden Massen, die sich in wirtschaftlicher Beziehung nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder von der mittelalterlichen Hörgkeit unterscheidet. Während sich also in den Staaten des Altertums und des Mittelalters das herrschende Idealsprinzip mit dem praktischen Leben in vollem Einklang befand, gähnt jetzt zwischen Theorie und Praxis eine Kluft, wie sie niemals zuvor zwischen den Theorien und den Tatsachen einer ganzen Welt ähnlich bestanden hat. Das merkwürdigste dabei ist, daß dieser unerhörte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis unserem „aufgelösten“ Zeitalter lange Zeit gänzlich verborgen geblieben ist. Die Vertreter des Liberalismus glaubten ein Jahrhundert hindurch keinerlei Ausnahmslos und glaubten größtenteils heute noch, daß die Freiheit und Gleichheit aller Menschen, dadurch zur Tatsache geworden ist, daß den Massen das politische Stimmrecht, die Gleichheit vor der Justiz und das Recht gewahrt wurde, über ihre Person nach Gülden zu berücksichtigen. Erst die Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß man ernstlich darüber nachzudenken beginnt, ob denn mit all diesen an sich ganz wertvollen Rechten demengen glebt, seltzame, dem die Ausübung des ersten und wichtigsten aller Menschenrechte, nämlich das Recht zu leben, eine menschenwürdige Existenz zu führen von den Früchten der eigenen Arbeit, verweigert ist. Jetzt erst beginnt man sich wieder zu erinnern, daß der Mensch ein Wesen sei, das nicht bloß geistige und politische, sondern auch körperliche Bedürfnisse habe, ja, daß die leichten, als die unablässigen und dringlichsten, auch die wichtigsten von allen seien.

In einer Gesellschaft, wo mit Ausschluß der atmosphärischen Lust alles seinen Eigenwert hat, in der Bedürfnisse und Gewohnheiten entstanden sind, die ohne Eigentum, ohne einen Schlag an Kenntnissen und Arbeitsbekleidung, die aus der Vergangenheit aufgespalten wurden, gar nicht befriedigt werden können — in einer solchen Gesellschaft ist auf dem Boden der wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessenskämpfe Freiheit und Gleichheit ein leerer Schall für denjenigen, der vom Besitz jener Güter ausgeschlossen wurde.

Hamburg als Gewerkschaftsstadt.

(8. Juni Kongress)

Am 22. Juni trifft der sechste Gewerkschaftskongress im hamburgischen Gewerkschaftshaus zusammen. Wenn die Delegierten aus der Bahnhofshalle treten, sehen sie hinter den Linden der Brodesallee die Spalten des silbernen Baues in die Blüte ragen, die die solidarisch verbundene Kraft der hamburgischen Arbeiterschaft sind, in dessen weitem, lichthübschtem Saale der Kongress tagen wird. Bei einem Vergleich der Tagungssäle der Gewerkschaftskongresse von 1905 und 1908 wird unser Gewerkschaftshaus nicht zu kurz kommen. Wohl ist der Cöthner „Gürzenich“ ein Bauwerk, das sich von innen und außen sehen lassen kann, ein Wahrzeichen rheinischer Patrizierkunst, in dessen Räumen mit gesetzten Decken und geschmackvollen Bildern sich angenehm bewegen läßt; aber das kann man auch in unserem Gewerkschaftshaus mit keinen schäbigen Solidität im Innern. Was es aber vor dem vornehmen Gürzenich voran hat, das ist sein Charakter des Arbeiters. Hier schwärmen die Wände nicht verwundert auf das fremde Treiben ihnen fremder Menschen. Hier fühlt man sich nicht als gebuldetes Gast bedrückt und deengl: weit öffnen sich die eichenen Türkflügel den Gleichen, den Freunden, den Genossen, und mit fröhligem Stolze können die Delegierten sich sagen, daß sie im eignen Heim tagen, wie es ihnen höher und größer kaum eine andere Stadt würde bieten können. Hier magt sich kein Skatorium ein Aufsuchtrecht über die Auszeichnung des Saales an, frei kann warmempfindender Arbeitersinn die Formen und Farben bestimmten, womit er die weite Karlsfläche beleben, die Stimmung einen fehlenden, welbollen Ton geben will. Unser die Städte, unser das Haus!

Und unter die Arbeiterschaft Hamburgs. Man pflegt bei solchen Anlässen die Bedeutung des Tagungsortes für die Gesamtbewegung zu betrachten und auf die Worte hinzuweisen, die die heimliche Arbeiterschaft in dem Ganzen unserer Bewegung gespielt hat. Niemals kann das Wort vom „Historischen Boden“ berechtigt angewendet werden als hier. In Hamburg hat der Gedanke der modernen Gewerkschaftsbewegung zweit Bürgerrecht gefunden. Von hier aus hat er gewirkt und das Land befriest. Im August vor 40 Jahren war es, als Schweizer und Freisige nach den eben beendeten feierlichen Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitersvereins von Hamburg aus den Aufruf zu einem deutschen Arbeiterskongress erliehen, dessen Ausgabe die

Gründung von Gewerkschaften sein sollte. Auf diesem Kongress waren aus die hamburgischen Arbeiter durch 22 Delegierte vertreten. Lebhaft war ihnen der wirtschaftliche Kampf längst nicht mehr fremd; schon im Jahre 1864 gewannen die 800 Arbeiter der Lauensteinischen Waggonfabrik einen Streik, den sie wegen Verbesserung der Arbeitszeit, um eine Stunde, führten. In den folgenden Jahren zeigte Hamburg ein Bild lebhafter gewerkschaftlichen Lebens. Für viele Berufe entstanden Organisationen, die die durch den Fall der Koalitionsverbote gefestigte Freiheit zur Verbesserung der Lohns und Arbeitsbedingungen ausnutzten. Schon damals führten hamburgische Arbeiter einen Kampf, der sowohl durch seinen Umfang wie durch seinen tragischen Ausgang bis weit ins Land hinaus großes Aufsehen erregte. Das war der Streit der Maurer und Zimmerer im Jahre 1870, der am 12. Juni begann und am 29. Juni zu einem großen Demonstrationstag führte, an dem über 5000 Männer teilnahmen. Der Zug wurde von Konstabfern überwältigt, die unter der wehrlosen Menge mit Knüppeln dreinlugen. Dann folgte ein Schredensregiment der Polizeigewaltigen der Hansepolizei, das den Kampf zerstörte. Über das konnte doch die ausstrebende Bewegung nicht für die Dauer ersticken. In den Zeiten des „Milliardendreiges“ schlugen die durch den Krieg teilweise zerstörten Organisationen aufs neue kräftige Wurzeln, und wieder wurde gekämpft, und meistens mit mehr Glück als im Jahre 1870. Die Hauptmasse der Gewerkschaftsgenossen bildeten die Fabrikarbeiter und die Arbeiter der Bauwirtschaft. Die von Preußen ausgehenden polizeilichen Unterdrückungsmaßregeln griffen, indem auch bald auf Hamburg herüber, und was sich deren Polypenarten entnahm, mäßte das Sozialstengesetz so ziemlich rasch hinweg. Nur wenigen Organisationen gelang es, dem Aufsturm zu widerstehen, aber auch dort war nicht mehr gewonnen als eben das nackte Dasein; von einer gewerkschaftlichen Tätigkeit konnte nicht viel die Rede sein.

Als sich dann, aber mit unverhofftem Lebendrange die ersten Organisationsansätze wieder bildeten, da war es besonders Hamburg, das das Zeichen zur Sammlung gab. Von hier aus kamen die ersten Anregungen zum strafferen Zusammenschluß und hier ging man den deutschen Arbeitern mit gutem Beispiel voran. Es war die Zeit der Fachvereinsbewegung, wo Hamburg den Kritikerkreis bildete und zugleich der ganzen Bewegung den agitatorischen und materiellen Rückhalt gab. Wie kann es den hamburgischen Arbeitern vergelassen werden, was sie damals für die deutsche Gewerkschaftswesen taten. Daß sie zu jener Zeit eine so bedeutsame Aufgabe erfüllten konnten, lag auch daran, daß durch den Holländerschlag das Bau-

Es mag dahingestellt sein, ob es ein Bettler gab, wie manche behaupten, „genügt eine Lebensfreude“ die Gemüter der meisten beherrschte. Jedoch als hat eines der früheren Bettler eine bittere, unablässige Angst vor dem Hunger bekommen, die heute, wo die große Masse der Menschen zu unausgesetztem Verzweiflungskampfe gegen den Hunger verurteilt ist, selbst diejenigen nicht freiläßt, die im Überflusse schwelgen. „Unser Bettler“, sagt Herkla in seiner „Geschichte der sozialen Entwicklung“ so wahr, „ist vom Wahnsinn der Furcht vor dem Hunger besessen. Man betrachte den Millionär, dessen Bedürfnisse vielleicht gering sind, der die Binsen seiner Binsen nicht verläßt, kann und der doch unablässig nach neuem Besitz hafet und sagt; er kann des Erwerbens sich nicht freuen, weil all sein Einner und Erachten auf neuer Erwerb gerichtet ist. Was ist er, wenn nicht ein Wahnsinniger, der innitten seiner ausgebauten Schäfe zu verbrennen sucht, und wo anders liegt die Quelle seines Wahnsinns, als in dem Schauspiel, das ihm rings umgibt, in dem grauenregenden Stören und Drängen seiner Mitbürger, denen das Hungergespenst wirtschaftlich am Leib und Leben geht? Man glaube auch nicht, daß hiermit eine Ausnahme gezeichnet ist; so allgemein ist der Wahnsinn, daß die wenigen gesunde Gesellen als Sonderlinge erachtet werden. Wir alle, unter Besitz mag groß oder gering sein, ältern vor dem Ende, das unsere Brüder erwürgt; wir werden gepeinigt durch einen Instinkt, der gar nicht unser persönlicher, sondern der unseres Bettlers ist, dessen Quelle in Motiven liegt, mit denen wir persönlich wenig, vielleicht gar nichts gemein haben, unter deren Gewalt aber die überwiegende Zahl der Bevölkerung steht.“

Die Theoretiker des modernen Liberalismus haben denselben Stolz bezeichnet als den „Inbegriff der Humanität“. Aber nachgerade dürfte es auch diesen Theoretikern, sofern sie nicht ganzlich mit gesittiger Blindheit geschlagen sind, klar geworden sein, daß es wahrlich keine Humanität ist, wenn der in den Grundideen des Liberalismus wurzelnde Kapitalismus den vorbrügenden und verschwindenden Daseins- und Interessenskampf, den Kampf aller gegen alle, zu unerbittlicher Höhe entwickelt; wenn Massenarmut und Massenreichtum immer schneller und furchterbar anwachsen; wenn Hunderttausende von Menschen dem Hunger, dem Siechtum, dem Vater und Verbrechen rücksichtlos überantwortet werden.

Es ist klar für jeden, der sehen kann und will, daß der moderne Liberalismus mit seinem Gegenjahr politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Ungleichheit einen inneren Widerspruch enthält, der auf die Dauer unmöglich bestehen kann.

Deshalb aber ist es nicht minder falsch, im Liberalismus einen „tolosalen Irrtum“ zu sehen, wie der Konkordanzmus und ganz besonders der Ultramontanismus es tut. Wir lassen ihm seine geschichtliche Berechtigung. Sein großes Verdienst ist es, die Notwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; er schlug den historisch einzige möglichen Weg ein, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß. Freilich kommen für diesen Fortschritt die gegenwärtigen liberalen Parteien, die durchaus als Vertreter der kapitalistischen Sonderinteressen auftreten, nicht in Betracht.

Dann fiel das Sozialstengesetz. Eine neue Zeit brach an. Die alte, aufgewogene Form der Totalen Organisation genügte nicht mehr, und wieder war es Hamburg, wo der Gedanke der Centralisation seine entscheidendste Förderer fand. Nur langsam und unter schweren Wehen wurde die neue und bessere Organisationsform geschaffen. Über für Hamburg, für das Hamburg der Arbeit, kamen schwere Zeiten. Die Wirtschaftskrise stürzte verberend durchs Land und zwang viele arbeitsfähige Hände zum Flehen. Natürlich wußte sie in der großen Handelsstadt, wo der Aufschlag des Weltmarktes viel deutlicher pocht, besonders verderblich und risk auch die Gewerkschaften mit in den Strudel hinein. Dann kam die furchterliche Cholera, die vollenbete, was die Krise angefangen hatte. Handel und Wandel stockte, der Unternehmungsgesell, die sonst so rüstig Schaffenskraft war, gelähmt und eine drückende Arbeitlosigkeit setzte sich auch gewerkschaftliche Leben in vielen Berufen fast ganz erforschen. Die Zahl der Organisierten war von 30 462 im Jahre 1890 auf 28 287 im Jahre 1891 und auf 12 116 im Jahre 1894 gekommen.

Nach den ersten Anzeichen des beginnenden Aufschwungs erwachte auch das Gewerkschaftsleben aufs neue. Die Sammlung beginnt, die Organisationen erneuern sich wieder und stellen sich dem übermäßig gewordenen Kapital zum Kampfe. Der gewaltige Kampf der Hafenarbeiter im Winter 1898 bis 1897 erlöschte die Grundfesten der hanseatischen Kapitalstadt und zeigte das Erwachen und Erhalten der Organisationen. Ein schneller Aufstieg ging die Mitgliederzahl in die Höhe. Von 17 498 im Jahre 1898 auf 26 419 im Jahre 1897 und 29 882 im Jahre 1898. Damit hatte sie den Stand von 1890 wieder erreicht, und nun ging es unaufhaltsam weiter. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1903: 34 808, 1904: 37 261, 1905: 56 687, 1906: 72 112, und 1907: 95 589; die Jahreserlöhnung betrug 1907 nahezu M. 8 000 000. So kann Hamburg noch heute mit Recht als eine Hochburg der Gewerkschaften bezeichnet werden, würdig und berufen, den Gewerkschaftskongress in seiner Mite tagen zu sehen.

Die politische Emanzipation war bloß der erste Schritt, der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt, die folgenden Schritte vollbracht werden müssen. Seines Geschlechtes, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts voran, mußte zur politischen Freiheit erzogen werden, und es ist im Wesen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher begann als die wirtschaftliche. Wer nicht Gegenstand der Ausbeutung sein, wer nicht für den Vorteil dritter arbeiten will, muß selbstständig produzieren, und wäre Wahrheit gewesen, von einem viertausendjährigen Sklaven noch gar nicht entwickelten Geschlechtes die Fähigkeiten selbstständiger Produktion zu erwarten. Diese Fähigkeiten lassen sich nur allmählich und mühsam erlernen; es muß dazu eine Organisation der Arbeit erst geschaffen werden, und zwar geschaffen im Wege organischer Entwicklung.

Es ist also richtig, daß der Liberalismus, nachdem er dem Prinzip der Gleichberechtigung Geltung verschafft, nicht erfüllt hat, was er versprach, daß er die volle Freiheit und Gleichberechtigung nicht zu geben vermochte. Und ebenso richtig ist, daß jene dem menschlichen Fortschritt einen schlechten Dienst erweisen, die, wie gerade unsere Liberalen, dieses Prinzip auf wirtschaftlichem Gebiet nicht gelten lassen wollen und in den alten Fehler des Privilegiums verfallen, die menschliche Entwicklungsfähigkeiten mit der bestehenden Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen zu halten.

Der Liberalismus hat seine historische Aufgabe erfüllt; er tritt ab von der Bühne und macht dem Sozialismus Platz, der der Menschheit neue Ideale an Stelle der verloren gegangenen gibt und beruht, als Träger der Entwicklung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der politischen Gleichheit den Einflang zwischen Prinzipien und Tatsachen wieder herzustellen. Es ist unmöglich, daß die Ungleichheit der Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeit vom Kapitalismus, welche das privilegierte Sonderinteresse für "nwendig und unabänderlich" erklärt, dauernd fortbesteht mit der politischen Gleichheit, welche man definiert. Die höhere Sozialgerechtigkeit, die ökonomische Gleichheit, gewöhn und gesichert durch die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit mit dem Kapital als dienendem Arbeitsinstrument, muß Wahrheit werden, aber die freien Einrichtungen werden verschwinden und auch auf politischem Gebiete wird der Absolutismus wieder die Herrschaft gewinnen.

Doch letzteres nicht geschah, dafür bürgt allerdings die unbewegliche und unübersteckliche Macht der höheren Gerechtigkeitsidee, von der die sozial Bewegung der Gegenwart bestimmt wird. Das Altertum kannte die natürliche Gleichheit der Menschen nicht; der Sklave wurde betrachtet wie ein Lastkoffer; er konnte weder politische Rechte noch Eigentum erlangen. Die soziale Schwierigkeit war so außerordentlich vereinfacht. Die moderne Gesellschaft hat nicht derselben Ausweg; sie gesteht allen die gleichen Rechte zu; für sie ist die Gleichheit aller Menschen ein unumstößliches Dogma, das Erfüllung heißt bis in seine letzten Konsequenzen.

Sagt doch selbst der große Bourgeoisökonom Stuart Mill, auf den das "liberalen" Mandatserium so stolz ist: „Wenn die Massen der menschlichen Rasse immer so wie jetzt leben sollen, Slaven der Arbeit, an welcher sie kein Interesse haben und deshalb kein Interesse fühlen, das Leben dahinschleppend vom Morgen bis zum Abend, um nur die einfachsten Notwendigkeiten zu erhalten, und mit all den körperlichen und geistigen Fehlern, die ein solcher Zustand mit sich bringt, ohne Interesse als Bürger oder Mitglied der Gesellschaft und mit dem Gefühl der reitenden Ungerechtigkeit in der Brust — dann weiß ich nicht, warum irgend jemand sich noch um die Bevölkerung der Menschheit kümmern sollte.“

Sich um die Bestimmung zu kümmern und ihre Erfüllung zu sichern, daß ist der geschichtliche Beruf des Sozialismus. Und die Macht, mittels welcher er diesem Berufe genügt, ist nebst der Wissenschaft die Arbeiterbewegung. Auf sie ist die im Sinne der Sozialgerechtigkeit fortgesetzte Idee des Sozialismus übergegangen. Die Arbeiterschaft ist der geschichtlich bewußte Erbe dieser Idee, die in ihrer höheren humanitären Entwicklung als Sozialismus erscheint. Es ist eine Tschellsondergleichen, wenn die dem sozialen Fortschritt sich widersetzenden sogenannten „liberalen“ Parteien voll stiftlicher Entwicklung in Abrede stellen, der Liberalismus sei der „Vater des Sozialismus“. Er ist es, als die Idee des Menschlichen, die der höchsten Fortentwicklung unterworfen ist.

Dem Kinde, das in seine Rechte tritt, schadet's nicht, wenn der entartete Vater es verleugnet. Und möge er gar seine Hand hießen zur Verfolgung und Unterdrückung des Kindes (wie unsere „Liberalen“ es durch Schaffung und Pflege gewisser Ausnahme- und sonstiger Gesetze so oft getan haben) — so ist das nur ein politisches Pendant zu der wirtschaftlich-sozialen Erkenntnis, daß der Kapitalismus sich verhindert an der eigenen Mutter, der Arbeit. Der Vater geht zu Grabe und die Sünde wird ein Ende nehmen. Dafür bürgt der Sozialismus.

Politische Umschau.

An die Maurer in Elsass-Lothringen. Werte Kollegen! Sonntag, den 28. Juni, finden in ganz Elsass-Lothringen die Gemeinderatswahlen statt. Diese Wahlen sind nicht nur für die Arbeiterschaft in den Gemeinden wichtig, sondern

sie sind auch maßgebend für die Zusammensetzung des Landesparlaments, den sogenannten Landesausschuß. Ein Teil der Landesausschusssmitglieder wird von den Gemeinderäten der größeren Städte gewählt. Bis jetzt ist die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, im Landesausschuß vertreten. Es muß daher Aufgabe der Arbeiter und besonders der Maurer sein, doch zu sorgen, daß die Sozialdemokratie wenigstens in den großen Städten die Mehrheit erringt, damit endlich auch in den Landesausschuß ein paar Sozialdemokraten einzutreten. Bis jetzt war es der Bauarbeiterklasse nicht einmal möglich, eine Petition, betreffend den Bauarbeiterkongress, an die elsässisch-lorraine Regierung einzureichen, weil sich kein bürgerlicher Abgeordneter fand, der eine derartige Petition vertreten hätte. Aber auch eine Reihe von anderen, für die Arbeiter wichtigen Forderungen finden in diesem Parlament keine Vertretung. Anders aber ist es, wenn es sich um die Interessen der Unternehmer handelt! So wurden neulich von den Bauunternehmern zwei Petitionen eingereicht. In der einen wurde verlangt, daß bei Vergabe von Arbeiten nur Unternehmer, die im Lande wohnen, berücksichtigt werden sollten. In der zweiten verlangten sie, daß bei Vergabe von Arbeiten die sogenannte Streikklause in die Verträge mit aufgenommen werden solle. Und nicht nur bei Streiks, sondern auch dann, wenn die Unternehmer ihre Arbeiter austreiben, soll der Staat so lange Pauschallagen gewähren, bis die Ausperrung beendet ist. Obwohl dies Verlangen der Unternehmer geradezu unverhältnismäßig ist, fanden sich im Landesausschuß Abgeordnete, die für die Anträge der Unternehmer eintreten, die dann auch wirklich der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurden.

Wollen also die Arbeiter, daß künftig auch ihre Wünsche berücksichtigt werden, so müssen sie dafür sorgen, daß sie eine Vertretung im Landesausschuß erhalten. Dazu ist Sonntag, den 28. Juni, Gelegenheit gegeben, wenn alle unsere Kollegen zur Wahl gehen und ihre Stimme für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten abgeben.

Aber nicht nur im Landesausschuß brauchen wir Vertreter, sondern auch in den Gemeindeparlamenten kann sehr viel für die Arbeiter getan werden. In den Städten, wo die Sozialdemokratie bereits eine nennenswerte Vertretung hat, ist dies auch geschehen. Es ist unmöglich, hier alles das aufzuzählen, was die sozialdemokratischen Vertreter im Interesse der Arbeiter geleistet haben. Nur einiges wollen wir herausheben. In Straßburg wurde mit dem Verband der Gemeinearbeiter ein Vertrag abgeschlossen, der die Löhne dieser Arbeiter erhöht. Das heißt also, die Organisation wurde von der Stadt als Vertreter der Arbeiter anerkannt. Dies kann von den anderen deutschen Städten nicht gesagt werden, selbst nicht von solchen, wo die Gewerkschaften die Mehrheit haben. Weiter wurde beschlossen, daß die arbeitslosen Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, von der Stadt einen Zuschuß zu der Unterstützung von 50 hdt. erhalten. Für die Arbeitslosen der Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, muß im Winter der sogenannte Notstandarbeit beschafft werden, allerdings auch für die Arbeiter, die keiner Gewerkschaft angehören. Da die Maurer im Winter am allermeisten an der Arbeitslosigkeit betroffen werden, so ist gerade diese Einführung für sie von großer Bedeutung. Auch dafür ist gesorgt, daß die Löhne der Nichtstandarbeiter nicht allzu niedrig sind. Waren doch einige Bürgerliche, natürlich Liberale, gegen die Höhe der festgestellten Löhne, weil sie dann keine Arbeiter mehr detaillieren, ja, ihre alten Arbeiter sogar verlören, da die Löhne bei den Nichtstandarbeiten höher seien als die, die sie zahlten. Dann ist auch auf Anregung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ein Bautontoller aus Arbeiterkreisen angestellt worden. In dem Kostenfest der Stadt ist festgelegt, daß jeder Unternehmer, der städtische Arbeiten übernimmt, verpflichtet ist, Tarifverträge, die zwischen Unternehmen und Arbeitern des betreffenden Bereichs bestehen, einzuhalten. Das, was hier von Straßburg gesagt ist, trifft auch für Müllhausen zu. Dies wenige, was wir davon angestellt haben, dürfte wohl vollaus genügen, um gerade der Bauarbeiterchaft zu zeigen, wie wichtig die Gemeinderatswahlen für sie sind.

Aber alles das, was bis jetzt für die Arbeiter in den Gemeinden getan wurde, ist lediglich getan durch die Vertreter der Sozialdemokratie. Beweis dafür ist, daß lediglich in den Städten etwas für die Arbeiter getan wurde, wo die Sozialdemokratie eine nennenswerte Vertretung hat, was leider nur für Straßburg und Müllhausen zutrifft. Über etwas Leben und etwas Fortschritt ist auch dort schon zu bemerken, wo auch nur einige Sozialdemokraten vertreten waren. Deshalb möchten wir alle unsere Kollegen ersuchen, am 28. Juni bei den Gemeinderatswahlen nur für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Ganz besonders möchten wir dies aber unseren Kollegen in Straßburg und Müllhausen ans Herz legen; denn gerade in diesen beiden Städten die Sozialdemokratie schon einen wesentlichen Einfluss und nur diesem Einfluss ist es zu verdanken, daß riesig für die Arbeiter geschaufen werden konnte. Diesen Einfluss der Arbeitervertreter zu schwächen, ist aber das Bestreben der Gegner. In beiden Städten haben sich sämtliche Parteien zusammengeschlossen, um zu verhindern, daß die Sozialdemokratie wieder auf dem Rathause eingehen. Zentrumsteile, Liberale, Demokraten usw. gehen in trauriger Gemeinschaft zusammen gegen die Sozial-

demokratie vor. Ja, in Straßburg hat man sogar zu Ungunsten der Arbeiterschaft eine Neuwahlstellung der Wahlkreise vorgenommen, um die verhaschten Sozialdemokraten los zu werden, damit die Herzen Vertreter des Geldsacks da oben nicht immer daran erinnert werden, daß es auch Arbeiter gibt, die ihre Rechte verlangen.

Sedoch muß dies Vorgehen der Bürgerlichen ein Aufruhr für die Arbeiter und Spiegel für die Maurer sein, nicht nur um Wahltag einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben, sondern auch während des Wahlstamps ihre Schuldigkeit zu tun. Bei der Flugblattverteilung darf kein Maurer fehlen! Auf den Plakaten und überall, wo sich Gelegenheit bietet, muß für die sozialdemokratischen Kandidaten agieren werden. Nach Beendigung der Wahl müssen wir mit Genehmigung sagen können, auch die Maurer haben ihre Schuldigkeit getan!

Der Unternehmerterroristmus ist unbegrenzt! Die sogenannten „Staatsverhaltenden“ haben jahrelang langsam gegen die freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gerichteten terroristischen Käfigen mit der Erklärung zu rechtfertigen verucht, daß es gehe, „sozialdemokratische“ Parteien im Allmutterland zu verbieten. Das „gegeneinander“ Unternehmerium hat sich nicht darauf beschränkt, sozialdemokratische Arbeiter und die im Verband sozialdemokratische „Unzulässigkeit“ stehenden Organisationen zu mahrgeln; es hat auch eine Zeitlang sich beteiligt an der Gründung jünger gewerkschaftlicher Organisationen, von denen man vorausgesetzt, daß sie in „gutem, nationalem, christlichem, staatsverbündendem und ordnungsfestigendem Geiste“ ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie bilden würden. Aber sobald derartige Gewerkschaften einmal etwas ernsthaft die Wahrung der Arbeiterinteressen einmal gegenüber dem Kapitalismus sich angelebt haben ließen, traf auch sie der terroristische Annahme des Unternehmeriums. Das Bekennnis zur nationalen und christlichen Gründung hat keine dieser Gewerkschaften davor behütet, vom Arbeitsherrnentum genau so behandelt zu werden, wie die sozialdemokratischen Organisationen. Die schamhaftere Richtung im Unternehmerium, die ja die maßgebendste ist, will überhaupt keine Arbeitersorganisationen anerkennen.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt zu diesem Kapitel einen neuen Beitrag. Sie veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, in welchem den Mitgliedern Kenntnis gegeben wird von Beschlüssen des Verbandsvorstandes, die den Zweck haben, das Koalitionsrecht der Angestellten Techniker und Kaufmännischen Gehilfen zu verhindern. Das Rundschreiben lautet:

Nürnberg, den 3. Juni 1908.

An die Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller,

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 1908 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Bestrebungen des Bundes technisch-industrieller Beamter Stellung in der Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Mediationierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind neu aufgenommene Erfundungen nach der Angehörigkeit zu diesem Verband anzusteuern, und haben Neuaufrücker für diesen Fall zu unterbleiben. Ferner wird ein Antrag an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsame Maßnahmen mit tüchtiger Bekleidung einzutreten und sonst fest seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme wie oben beizubringen, zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch auf den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände einzutwirken.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen eingenommen werden:

Deutsch-nationaler Handlungsgesellenserverband, Hamburg;

1858er Verein für Handlungskommission, Hamburg;

Verein Deutscher Kaufleute, Berlin, und Verband Deutscher Handlungsgesellenserverband, Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jetzt eine Auseinandersetzung der Mitglieder aus den Beamten der eingelagerten Werke angestrebt werden.

Die Gründe, welche den Vorstand veranlaßten, in dieser Weise gegen die Organisationen der Angestellten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem anliegenden Schreiben. Aus den Verhandlungen erstanden wir uns noch anzuhören, daß in der Sitzung festgestellt wurde, daß mit diesen Anträgen der Verband in ersten Linien seine Stellung zu den Organisationen der Angestellten dokumentieren wolle, daß aber ein ausgesprochener Zwang auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse im Sinne des Antrages vorgehen werden.

Hochachtungsvoll!

Verband bayerischer Metallindustrieller.

Geschäftsstelle: König, Reichsanwalt.

Die diesem Schreiben beigelegte Begründung geht in der Häuptsache dahin: Die Unternehmer dürfen nicht dulden, daß auch die Organisationen der technischen Angestellten gleich den Arbeitern das sogenannte konstitutionelle Wahlrecht anstreben, ja, sich sogar mit den gewerkschaftlichen Organisationen auf einer Stufe stellen. Demgegenüber gelte es, rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, und zwar gegen die zwei großen technischen Organisationen und die vier großen kaufmännischen Verbände.

Der Bund technisch-industrieller Beamter führt die Fabrikangestellten der Unternehmen zu „entfremden“; er trage offen die Tendenz zur Schau, mit hineinzureden in die Regelung der Arbeitsbedingungen; diese Tendenz verfolge der Deutsch-nationalen Handlungsgesellenserverband, der u. a. „jogar“ eine Bindung der Arbeitgeber in bezug auf

die Gehälter und auf die Arbeitszeit verlangen; je stärker und mächtiger die hier in Betracht kommenden Organisationen werden, desto schwerer werde es den Arbeitgebern sein, „ihre Rechte zu behaupten“.

Abrecht e d i c t e , d. h. das angemachte Recht der so genannten Unternehmertärtät, völlig willkürlich mit den Arbeitern zu verfahren. Rechte der Arbeiter und Angestellten kenn' das Autoritäts-Arbeitsgericht ja überhaupt nicht.

Der Bohrlötterungszusatz des Verbandes Bayerischer Metallindustrie trifft Organisationen, die stets in geradezu demonstrativer Weise auf ihre „nationale und ordnungshemmende“ Gesinnung gepoht haben, um streng von den „bösen“ sozialdemokratischen Organisationen unterschieden zu werden. Sie haben es auch an Kundgebungen abzurütteln, damit sie nicht festen lassen; um keinen Preis wollten sie verglichen sein und Verlustrümpfe haben mit den „gewöhnlichen Arbeitern“. Und nun trifft sie als Rebellen gegen die Unternehmertärtät doch deren Panzerstrahl. Wir wünschen, daß ihnen diese Erfahrung zur Gewandlung ihres Geistes dienen möge.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansästädte:

Travemünde (Sperre über Schramm), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Insel Fehmarn, Kappeln a. d. Schle. (Aussperrung), Rendsburg (Sperre über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsbütte);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperre über Thielke), Silze (Sperre über Holdorf);

Brandenburg:

Wittstock a. d. B., Prenzlau, Woldenberg, Nowawes (Streiks), Bernau (Sperre über Tore aus Wilmersdorf), Jüterbog (Sperre über Neumann in Dalichow), Buch und Albertshof (Sperre über die Bauten des Unternehmers Torge), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich);

Pommern:

Pyritz, Wolgast (Differenzen), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Pölitz (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Lautenburg (Streik), Hammerstein (Sperren, über Kofahl und Karge);

Posen:

HohenSalza (Streik);

Schlesien:

Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), Festenberg (Sperre über Steinbach aus Steglitz);

Königl. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Bernsd & Söhne, Berlinerstraße, in L.-Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeinerstraße, und M. Steyskal, Sohrstraße), Mülsen-St. Niklas (Sperre über Ferd. Döhn), Knautkleeberg (Sperre über David Dudley und L. Loos); Kauschberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Cracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), Merkowitz b. Halle (Sperre über Becker);

Thüringen:

Anstadt (Sperre über Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Norderney (Aussperrung), Stadthagen, Herzberg a. H. (Streiks), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“);

Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperre über Ackermann in Marchweiler), Eberfeld (Sperre über die Arbeiten der Firma Diedier & Co. aus Stettin an der Gasanstalt);

Hessen und Waldeck:

Heppenheim a. d. Bergstraße (Sperre über F. G. Held und Störz), Darmstadt (Sperre über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementierer), Frankfurt a. M. (Aussperrung der Rabitzer und Zementierer);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern, Dürkheim (Streiks), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Lambrecht (Sperre über Brenk), Hassloch (Sperre über Bittlinger und Steidel);

Bayern:

Wassberg (Sperre über Näßauer), Pfarrkirchen (Streik);

Fliesenleger:

Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks), Frankfurt a. M. (Streik).

Schweiz:

Iverdon (Streik), Bern (Differenzen);

Oesterreich:

Gloggnitz, Kaaden, Kladrub, Königsberg, Rovereto, Spalato, Taus, Troppau, Ung. Hradisch, Wien.

Ungarn:

Arad, Debreczen, Kassa, Nagybecskerek, Cimony, Komor (Aussperrung), Balassagyarmath (Streik).

Schweden:

Aussperrung über das ganze Land angedroht.

Die Wahrheit über den „Streikbruch“ in Argentau.

Gegenüber der Darstellung der „Baugesellschaft“ über das Verhalten unserer Mitglieder bei dem Streik in Argentau erhalten wir folgende Aufschrift: Durch eingehende, persönliche Untersuchungen haben wir festgestellt, daß es sich, wie immer bei solchen christlichen Alarmnachrichten, um einen ganz plumpen und unversämten Schwindel handelt. Der Kollege Arndt in Thorn der übrigens, wie beständig bemerkt sein mag, nicht Vorstandsvorsitzender unseres dortigen Zweigvereins ist, ist nicht aus Streikbrecherlust nach Argentau aus freien Stücken gefahren, sondern hat vom Techniker des Herrn Rippe aus Argentau eine Stelle als Polizei dort angeboten erhalten und ist mit noch drei, nicht zwölf, Kollegen nach Argentau gefahren. Diese Kollegen haben aber nicht gewußt, daß die Christen, die sich jetzt in Ost- und Westpreußen, wo sich nur irgend Gelegenheit bietet, mit Vorliebe als „Arbeitswillige“ gebrauchen lassen, in Argentau ihrer alten Tradition zuwider auch einmal streiken. Als unsere Kollegen von dem Streik der Christen an Ort und Stelle erfahren, haben sie selbstverständlich die angebotene Arbeit nicht angenommen, sondern den streikenden Christen noch obensteine mehrere Liter Schnaps spendiert, damit für frischen Mut der Christen entsprechend Sorge getragen, und sind am selben Tage wieder nach Thorn zurückgekehrt. Das ist die Unterstellung, die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter dem Argentauer Millionär gegen acht, um ihre Existenz ringende Arbeiter haben zu teilt werden lassen, um mit der Baugesellschaft zu reden. Das untere Kollegen in Argentau bei dieser Gelegenheit auch auf den Zentralverband hinwiesen, bestreiten sie nicht. Zahlstellen aber durch Streikbruch zu vernichten, das überlassen sie ausschließlich den Brüdern in Christo.

Damit wäre den Christlichen also dieser Seite Wissen aus ihrer Agitationssäule genommen, und sie sind wieder so arm wie zuvor.

Gau Köln.

Im Gau mußte am 10. Juni das Baugeschäft von Beffels, Baufette Humboldtstolone, gesperrt werden, weil Beffels den Lohn für Maurer von 60,- auf 52,- pro Stunde herabsetzen wollte. Die Hülfarbeiter sollten nur noch 45,- statt 50,- pro Stunde erhalten. Nach zweitägiger Dauer konnte die Sperre aber wieder aufgehoben werden, da sich der Unternehmer bereit erklärte, den tarifmäßigen Lohn wieder weiter zu zahlen.

Gau Frankfurt a. M.

Der starke wirtschaftliche Mittschlag in unserem Bezirk und der Ausgang der Lohnbewegung für die meisten größeren Orte machen auch die Bewegung in den kleineren Orten schwieriger. Das mahnt mancherorts zu größerer Vorsicht. Die Hartnäckigkeit und Widerstandskraft der Unternehmer darf dadurch aufgetischt werden. Die Lage des Arbeitsmarktes ist überall sehr gefährdet, das Angebot von Arbeitskräften ist sehr groß, und das alles beeinflußt die Bewegungen. In manchen Orten scheint der Appell der Unternehmer nach schlechteren Löhnen beim Essen zu wachsen. In verschiedenen Orten sträuben sie sich sogar, die abgeschlossenen Verträge durchzuführen. Zur Hasseler Peitze ist es sogar in Wiesloch und Güdesberg gelungen, den Lohn trotz des bestehenden Vertrages um einige Pfennige zu kürzen, ebenso in Groß-Auehne und teilweise in Oberstein. In lebhafteren Orten glauben sich die Unternehmer durchaus nicht zur Durchführung des Vertrages verpflichtet. Es war natürlich unser Vertreter sehr leicht, das Gegenteil zu beweisen, worauf sich die Herren dann auch bereit erklärten, den Vertrag durchzuführen. So wird in neuerer Zeit noch aus einigen anderen Orten berichtet, daß die Unternehmer planten, die Löhne herabzubringen. Diese Verschreiber der Unternehmer werden, wie bereits bemerkt, durch die Verhältnisse gestützt und bedürfen von der Organisation der städtischen Beobachtung und selbstverständlicher energetischer Zurückweisung.

In Mainz haben wir gegenwärtig einen Kontakt mit der Firma Kellermann. Diese führt dort die neuen Kasernebauten aus und nimmt sich das Recht heraus, unsere Mainzer Verbandsmitglieder zeitnah von der Arbeit auszuschließen. Der unserer Verbandsmitgliedern in Mainz hierfür natürlich die größte Empfindung. Auf einer Seite kommt die Firma als Mitglied des mitteldeutschen Arbeitgeberverbands her und schlägt mit uns einen Vertrag und auf der anderen Seite schlägt mit uns die Vertragsteilhaber von ihren Arbeitsplätzen aus und sucht die Arbeit mit Unorganisierten fertig zu stellen. Was wird wohl die Herren vom Arbeitgeberbund sagen, wenn sich unsere Mitglieder das Recht herausnehmen, einzuliegen Unternehmern die Männer in der einen oder anderen Form absprang zu machen. Beim Arbeitgeberverband ist in der Sache Beschränkung geführt worden.

Fliesenleger.

Über den Stand des Streits im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird berichtet:

Der Streit erstreckt sich über alle wichtigsten Plätze in Rheinland und Westfalen. Beteiligt sind hier 548 Fliesenleger, wovon 489 organisiert sind. Unternehmer der Branche sind 199 zu vereinigen, wovon 80 dem Arbeitgeberbund angehören. Im Streit befinden sich 418 Fliesenleger. Davon gehören 223 dem Zentralverband der Maurer, 114 dem christlichen Verband und 81 der totalistischen „Vereinigung der Fliesenleger“ an. Zu den alten Bedingungen arbeiten 60, zu den neuen 80 Leger. Einige Unternehmer haben die Forderungen der Fliesenleger bereits anerkannt. Der Streit steht bis jetzt für die Arbeiter sehr günstig. Deshalb verfügt auch der Arbeitgeberbund, die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Fliesenleger zu beeinflussen, indem er die bürgerliche Presse durch Entstehung der Tatsachen und Verdächtigung der Streikenden inspiriert. So wird u. a. in einer solchen Notiz behauptet, daß für verschiedene Städte seitens der Arbeitgeber eine Bulage von 7,- pro Stunde zugestanden sei. Es trifft dieses nur für einen Ort zu. Doch aber für 18 Orte Lohnzurungen von 2 bis 10,- pro Stunde und sonstige weitgehende Veränderungen eintreten sollen, wird wohlgerichtet verzweifeln. Dann soll auch der Lohn der Fliesenleger ohne Berechtigung außerordentlich hoch sein. Im Alltag sollen durchschnittlich 1,- pro Stunde und oft erheblich darüber verdient werden. Das sehr häufig auch im Alltag nicht einmal der Stundenlohn verdient wird und daß der größte Teil der Fliesenleger zu, die Hälfte des Jahres arbeitslos ist, das wird natürlich ebenfalls verschwiegen. Den Gipfel der Wahrheitsliebe erklamt aber eine Notiz der Geschäftsleitung des Arbeitgeberbundes, die dieser Tage versandt wurde. Dort werden zunächst die oben bezeichneten Unwahrheiten wiederholt. Dann heißt es weiter: „So ist klar erkennbar, daß es sich nur um eine Machtprobe handelt, und um der Streiklust der Arbeiter Vorschub zu leisten“. Was hier den Arbeitern unterschrieben wird, ist auf Seiten der Unternehmer vorhanden. Die Arbeiter haben nur die ihnen von den Unternehmern angekündigten Beschlechnungen ihrer Arbeitsbedingungen abnehmen und das ist „Machtprobe“ und „Streiklust“. Sobald wird weiter, ohne auch nur die Spur des Beweises zu haben, behauptet: „So ist in Essen wie in Düsseldorf die am Tage fertig gestellten Plättierungsbearbeitungen nachts von den Streikenden wieder zerstört und beschädigt werden“. Was mit diesen beweislohen Verdächtigungen der Streikenden erreicht werden soll, wird denn auch nicht verschwiegen, es heißt nämlich: „Sollj ein Umwelt muss unbedingt mit aller Stärke entgegengetreten werden, und es wäre wünschenswert, wenn die Polizei hier tatkräftig einschreite.“ Und zum Schlus: „Offiziell wird ein solches Verhalten in der Öffentlichkeit die gebührende Beurteilung finden.“ Also die Polizei und die öffentliche Meinung sollen hier gegen die Streikenden bestraft werden. Es muß aber gleichzeitig um die Sache der Unternehmer bestellt sein, wenn der Arbeitgeberbund sich zu diesem Zweck solch erbärmlicher Mittel bedient.

Nach der Arbeitsniederlegung verlangte der Arbeitgeberbund, daß die Leger die begonnenen Arbeiten noch zum alten Tarif fertig stellen sollten, da dies ja auch dem allgemeinen Preisempfinden entspreche. Also trotzdem, die Fliesenleger ohne Ablösung arbeiteten, sollten sie nun den Unternehmern aufzwingen die Arbeit wieder aufzunehmen und ihnen wenigstens die dringendsten Arbeiten noch fertig stellen. Eine wirklich etwas sonderbare Ausmutung. Als diesem Verlangen nicht nachgekommen wurde, teilte der Arbeitgeberbund den Arbeitervorganisationen mit, daß am 20. Mai eine Vorstandssitzung der Vereinigung der Arbeiter im Platten gewerbe stattgefunden habe, und daß diese befohlen habe, wenn nicht bis zum 5. Juni die Arbeit wieder aufgenommen sei, um die angefangenen Arbeiten fertig zu stellen, die sämtlichen Fliesenleger im Vertragsgebiete auszuverufen. Eine geradezu lächerliche Drohung; denn auszuspuren können die Unternehmer nur paar Streikbrecher, die ihnen noch geblieben sind. Zudem Streikbrecher müssen auch mehrere Mitglieder der Freien Vereinigung gerechnet werden, die Blätter arbeiten unter dem Namen einer eigenen Firma für eine größere gesperrte Firma auszuführen. Bisher sind diese Leute, trotzdem sich darunter auch der bisherige Chef der Essener Losfamilie befindet, nicht zu bewegen gewesen, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären. Sie sollen sich sogar unter polizeilichen Schutz begeben haben. Die Unternehmer versuchen jetzt die dringendsten Arbeiten durch Maurer fertigstellen zu lassen. Wie erfüllen unsere Mitglieder, Sicherheit unter allen Umständen zu verweigern und den Fliesenlegern den Kampf nicht zu erschweren.

Aus Österreich.

Unter den österreichischen Streikorten finden die Kollegen auch den Ort Troppau, wo die Kollegen für ihre höchst gerechtfertigten Forderungen kämpfen. Der Streik dauert jetzt etwa drei bis vier Wochen und wird leider durch Streikbrecher erschwert, die zum Teil aus Deutschland kommen. Da wohl anzunehmen ist, daß diese Unternehmerfreunde früher oder später wieder in Deutschland arbeiten werden (nach ihren Angaben haben sie früher in Berlin gearbeitet), so wird es vorteilhaft sein, ihre Personalien festzuhalten. Es sind Holzsch, Guittet, König und Vena aus Leipzig, Langen, Obrusník und Waldex aus Deutsch-Kroatien, Strobel, Ondruš und Koschany aus M. Hochötz und Alfonso Badea aus Leitmeritz. Als Streikbrecher vermittelten wirken auch Poliere, Hendrich und Jurek in M. Hochötz. Vor Arbeitsangeboten von dieser Seite muß also gewarnt werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das neue Reichsvereinsgesetz. Nach den uns zugänglichen Mitteilungen sind einige Zweigvereinsvorstände der Meinung, daß die Zweigvereine auch auf Grund des neuen Vereinsgesetzes den Behörden gegenüber Verpflichtungen haben. Diese Meinung ist nicht richtig! Die Zweigvereine unseres Verbandes fallen überhaupt nicht unter das Vereinsgesetz und haben daher den Behörden gegenüber auch keinerlei Verpflichtungen. Insolge dessen brauchen die Zweigvereinsvorstände keine Mitgliedsversammlungen einzumelden, kein Statut, kein Verzeichnis der Mitglieder und auch kein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzurichten. Ebenso wenig ist den Behörden eine Änderung in den Satzungen (Statut), noch im Vorstand, noch in dem Mitgliedsbestande bekannt zu geben.

Die Vereinsversammlungen dürfen auch von den Behörden nicht überwacht werden.

Öffentliche Versammlungen unterliegen einer Anzeigepflicht nur dann, wenn sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen. Das Gesetz bestimmt aber im § 6 ausdrücklich, daß öffentliche Versammlungen zur Erbringung von Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen der Anzeigepflicht nicht unterliegen.

Ertreibatrag 1907. Um den Mitgliedern, die noch mit ihren Ertreibaträgen im Rückstande sind, Gelegenheit zu geben, diese Albstände während dieses Sommers begleichen zu können, sollen die Ertreibatragmarken bis zum Schlus des dritten Quartals (30. September) im Besitz der Zweigvereine bleiben. Die Zweigvereine, deren Mitglieder keine Ertreibatrag-

richtstände mehr haben, werden jedoch gebeten, die Extrabeitragsmarke schon mit der Abrechnung für das zweite Quartal einzuführen.

Im längster Zeit ist wiederholt angefragt worden, ob von Mitgliedern, die noch mit ihren Extrabeiträgen im Rückstand sind, die regelmäßigen Beiträge entgegengenommen werden dürfen. Das ist zulässig! Die Entgegennahme des regelmäßigen Beitrages entbindet jedoch keineswegs von der Zahlung des noch rückständigen Extrabeitrages.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausbezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitze zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und

b) die Sterbefunde.

Außerdem sind anzugeben, die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 1. bis 18. Juni für folgende Mitglieder erstellt:

C. L. Kunath-Hamburg, Verb.-Nr. 27 838; M. Thielemann-Dresden, 145 168; W. Rothen-Görlitz, 61 184; L. Domagalski-Strasburg i. W. (Frau), 157 983; Aug. Grothe-Mühlenbeck (Frau), 87 718; W. Konrad-Mittelsachsen, 228 987; Käp. Schneider-Niedersachsen, 96 708; Leop. Signor-Düsseldorf, 265 502; Frz. Kühlne-Berlin (P), 128; Berd. Schulze-Berlin (P), 103 857; Ernst Jung-Chemnitz, 249 004; Jacob Haußler-Bremervörde (Frau), 116 190; Karl Kügel-Bergen a. R., 53 188; Jul. Legius-Kiel, 83 782; P. Hargeschneider-Berlin, 502 796; Andr. Schmidt-Magdeburg, 42 518; Will. Junfer-Magdeburg, 42 763; Josef Jäger-Karlsruhe (Frau), 162 982; Math. Uerz-Cöln (Frau), 208 308; Karl Schmidt-Berlin (Frau), 280 737; Will. Seeger-Hannover, 31 484; Will. Henning-Behrend, 145 901; Karl Schmidt-Behrend (Frau), 109 274; Will. Grisler-Goldberg i. Sch., 72 286; Fritz Faust-Nowawes, 91 640; Will. Sylt-Landsberg a. d. W., 82 481; H. Barth-Heidelberg, 295 774; G. Liebenow-Berlin, 446 564; J. G. Lange-Meijen, 174 690; Bernhard Neumann-Göttingen, 382 769; Val. Traub-Karlsruhe, 170 888; Otto Käfer-Gera, 82 618; S. M. Halbholz-Sonneberg, 101 279; Karl Siebler-Gleichen, 71 908; Carl Schütz-Breitling (Frau), 253 601; Gust. Hartmann-Essen (Frau), 173 904; Emil Ganger-Swinemünde (Frau), 125 572; Friedr. Baldegg-Bernburg, 65 803; Aug. Schmidt-Frankfurt a. d. O., 89 161; Joh. Schödler-Bremen, 14 803; Fred. Quedenau-Sollstadt, 226 484; Karl Schulz-Bromberg, 56 910; Th. Bauer-Stuttgart, 300 660; F. Liedke-Stuttgart, 47 590; Ed. Blümke-Danzig, 224 978; J. Mittelstädt-Berlin, 502 831; Fr. Krämer-Holtemme (Frau), 78 635; Fr. Schmidt-Sieper, 187 324; Otto Mistek-Tilsit (Frau), 294 905; W. Peters-Waren, 92 567; A. Faulwasser-Dresden, 254 553; Franz Sorge-Dresden (Frau), 87 644; Franz Dethmig-Halle (Frau), 307 748; Heinr. Mühl-Frankfurt a. M., 21 606; K. Wehrheim-Frankfurt a. M. (Frau), 192 263; Jas. Müller-Darmstadt, 227 731.

Geldsendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer F. Küster, Hamburg I, Bogenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 8. bis 14. Juni 1908 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Hannover M. 2500, Straßburg i. Eifl. 800, Bitterfeld 500, Eisenach 400, Stendal 400, Bernburg 300, Lüne 280, Königsbutte 250, Betz 240, Detmold 200, Braubach 100, Heiligenhafen 100, Artern 50, Gnoien 50, Feuerbach 29,40, Niedermühne 20,65, Blaue 800, Göttingen 716,24, Spanien 400, Quedlinburg 400, Potsdam 300, Mainz 300, Berlin 200, Rendsburg 155,50, Frankenhausen 150, Nelle 150, Alsfeld 138,10, Langenwerderdorf 100, Rehau 100, Treuen 90, Bergedorf 46,50, Reudnitz a. d. Saale 6,30, Erfurt 200, Langensalza 150, Remmersdorf a. d. Saale 100, Naumburg 100, Witten 50, d. A. Auer 99,10, Osterburg 62,62, Bördeland 50, Haldigen 50, Rositz a. Saale 41,48, Guben 247,45, Reutlingen 150, Güterswerda 100, Görlitz 100, Alt-Cosel 6,70, Grimmen 78,84, Hemendorf 50, Lörrach 50, Tangerhütte 47,80, Hamburg 800, Boisnich 186,21, Nürnberg 5,28.

b) Für Butterale.

Allstedt M. 2,50, Alt-Cosel 5.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in vorheriger Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben und denen nicht bischlich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Friedrich Helmes-Hilbersheim (Verb.-Nr. 396 864), Conrad Gaşa-Posen (44 556), Gott. Holland-Gotha (66 482), F. Kornhach-Wallershausen (70 146), Albert Beetz-Sajnitz (78 985), Gust. Heute-Lüdenscheid (85 008), Karl Schulz-Berlin (102 728), Ulb. Weinert-Langerhainde (103 476), M. Welbemann-Grauden (123 900), Joh. Hofinger-Münden (171 417), Ulb. Iven-Bobejuch (190 108), Konr. Schneders-Bayreuth (193 124), Otto Preuß-Birnbaum (269 987), Joh. Jordan-Mannheim (295 985), G. J. Naumann-Wurzen (324 766), Ulb. Herzog-Blaau (340 204), Th. Audolf-Effeln (401 874), E. Dölling-Altenburg (415 525), Lubin-Kiefer-Freiburg i. Br. (419 278), L. Sost-St. Johann (458 691), Lubin-Konradis-Nienburg a. W. (91 242), F. Hamer-Gutin (67 856), H. v. d. Heibes-Bremervörde (65 764), Joh. Janowicz-Bremervörde (224 101), Herrn. Warthen-Bremen (290 928), W. Wadenfelz-Effeln (837 324), M. Miltitz-Freiburg i. C. (444 614), Rich. Verbi-Schwan (74 453), Peter Werner-Cöln (118 217), Karl Subitz-Naumburg (130 681), W. Rohrmayer-Welchesbach (153 385), A. Morow-Hauptstalle (282 148), Karl Hammel-Heilbronn (808 991), Max Dahme-Gelsenkirchen (840 985), Willi Martens-Bernsee (849 543), Paul Marx-Altenberg (851 852), Friedrich Blaich-Stuttgart (427 691), J. Hassenteufel-Coblenz (437 898), Herm. Ding-Braunschweig (476 916).

Gefunden ist das Mitgliedsbuch Nr. 400 794 des Kollegen Marx Michael, zuletzt in Duisburg unter Ortsnummer 782.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87b des Statuts vom Zweigverein Berlin: Friedrich Käteleit (Verb.-Nr. 502 988), Friedrich Andreas (602 516), Paul Fohs (7693), Paul Giese (7790), Robert Berle (2540); Geben: Eduard Steiner (75 488), Gustav Kloß (389 192), August Golisch (75 480), Wilhelm Beutels (75 464), Karl Hammel (1302), Paul Böck (389 217), Paul Miethe (389 128), Gustav Grau (1202), Ferdinand Ende (389 221), Otto Maier (389 207), August Neumann (389 204), Gustav Wärz (1204); Beulerod o. d. Hermann Fuchs (298 712); Siedlerstein: Otto Hirshberg (292 639), August Schiffner (303 950), Friedrich Haß (467 857); Elbing: Eduard Franz (358 281); Münster: Otto Maier (389 207); Johann Wagner (37 186), Johann Hoffmeyer (603 760).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihre Verpflichtungen nachzuformen, werden vom Zweigverein Uelzen: Otto Ernst (Verb.-Nr. 26 588), geboren am 5. Oktober 1866 zu Lüneburg; Greifswald: August Dohsegel (370 890), geboren am 19. August 1869 zu Bremen; Glogau: Uebel und Lüneburg: Friedrich Ernst (171 984), geboren zu Gr. Osterode; Uelzen: Carl Linsebit (171 944), geboren am 27. Dezember 1890 zu Magdeburg und Otto Schmidt (171 859), geboren am 4. August 1890 zu Bremen; Celle: P. Bispel (384 095), geboren am 21. Mai 1890 zu Angern.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden erachtet, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Warnung! In einigen Zweigvereinen des Gaues Hamburg wird versucht, sich von den Verwaltungen einen Ausweis über die Anmeldung zu verschaffen, unter der Vorstellung, daß sich das Mitgliedsbuch im Verbandsbüro in Hamburg befindet. Mit diesem Ausweise wird dann die Unterstützung auf den Bauten erzwungen. Ein solcher Ausweis, der zur Erlangung von Unterstützung gebraucht wird, ist abzunehmen und zu vernichten. **Der Verbandsvorstand.**

Berichte.

a) Delegierte zum Verbandstage sind vorgeschlagen:

Für die 15. Wahlabteilung vom Zweigverein Krausnick-Kollege Karl Schmeeg-Krausnick.

Für die 24. Wahlabteilung vom Zweigverein Groß-Nienendorf-Kollege Hermann Koppes-Groß-Nienendorf.

Für die 50. Wahlabteilung vom Zweigverein Friedrichroda-Kollege Justinus Dreiseis-Friedrichroda.

Für die 94. Wahlabteilung vom Zweigverein Hann.Münden-Kollege Ernst Pfüller.

Für die 107. Wahlabteilung vom Zweigverein Holstenau-Kollege Friedrich Zillian.

Für die 122. Wahlabteilung vom Zweigverein Herford-Kollege Paul Möller.

Für die 124. Wahlabteilung vom Zweigverein Peine-Kollege August Deppe-Peine.

Für die 163. Wahlabteilung vom Zweigverein Schönebeck-Kollege Friedrich Schmohl.

Gau Danzig. Erst „tuifen“, dann schimpfen, das ist bekanntlich eine hervorragende Spezialität der „Christen“ im Osten, die immer dann bei ihnen zu beobachten ist, wenn sie Handlungen begangen haben, die das Bild der Öffentlichkeit schämen müssen und unter berechtigter Kritik nicht vertreten können. So war es auch, als sich die Königsberger Kollegen erneut bemühten, geordnete Verhältnisse für ihren Ort zu schaffen, und zu diesem Zweck am 8. Mai eine öffentliche Versammlung für Maurer abhielten. Die „Christlichen“, die zu dieser Versammlung besonders durch Flugblätter eingeladen waren, fanden sich mit ihr wenigen Zuschnüssen ferngeblieben. Ja, man sagte uns, daß eine förmliche Gegenagitation von den christlichen Brüdern entfaltet worden war. Zu welchem Zweck dies geschah, läßt sich sehr leicht erraten. Den christlichen Sächsischen sollten die Sünden ihrer frommen Hinteren nicht bekannt gemacht werden. Die Christen sind also nicht nur „getusft“, sondern haben auch durch ihre absichtliche Fernbleiben dokumentiert, daß sie auch für die Folgesetzung in ihrem alten Fahrwasser zu segeln gewillt sind, daß sie nach wie vor unsere Kollegen auf das jahrelange terrorisierten und mit Laufen und Genossen im Kampfe gegen den Verband gemeinsame Sache machen wollen. Nach Lage der Sache und unserer Versammlung stellen die Christen eine eigene Versammlung ab, wozu sie sich einem gewissen Meier aus Berlin als Referenten hatten kommen lassen. Nachdem man einige Verbandsmitglieder aus den Jubelhallen entfernt hatte, legte der „Berliner“ Meier los. Nach einem Bericht der „Gauverwaltung“ nahm er sich zuerst die Sozialdemokratie vor, die er mit Stumpf und Stiel berührte. Alsdann leistete er sich eine kleine Schimpftafel gegen mich, weil ich mir herausgenommen hatte, den „Christen“ zu sagen, was sie sind. Daß ich dem „Berliner“ Meier – von dem, nebenbei gesagt, dort niemand weiß, ob er eigentlich hergekommen ist – auf seine schmutzigen Schimpftafeln nicht antworte, ist wohl selbstverständlich. Aber den Vorwurf, meine Gefinnung gewechselt zu haben, muß ich, so gründlich er auch ist, auf das entschieden zurückweisen. Am allerwenigsten habe ich nötig, meine Gefinnung zu wechseln in bezug auf die Christen und ihre Handlungen, die sehr oft organisierten Streitbrüder in der schlimmsten Form zeitigten. Das möge sich der „Berliner“ christliche Schimpftafel Meier ein für allemal merken. Uebrigens wäre es höchst interessant, festzustellen, wo denn eigentlich der Meier hergekommen ist. Vielleicht trifft für ihn zu, was er mir fälschlicherweise andichtet. Es gibt viele in den Reihen der Christlichen, die sich jetzt mit dem christlichen Mantel bedenken und den Centralverband der Maurer würdig bekämpfen, denn sie früher als tätige Mitglieder angehörten, bis ihnen aus guten Gründen die Tür gewiesen wurde. Sollte etwa Meier auch einer von denen sein?

Julius Gehl.

Grefsd. Am 31. Mai tagte im Lokale „Neuen“ eine öffentliche Versammlung, in der Kollege Thabor über die Vertretung der Arbeitnehmer durch die verschiedenen Organisationen referierte. Zu dieser Versammlung waren auch die christlichen Kollegen mit ihrem Beamten Schwarz eingeladen worden. Er hatte es jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen und hatte sich u. a. damit entschuldigt, daß es vielleicht zu Tätschleitern kommen könnte. Wir sind der Meinung, wenn Er sich so wenig befreit fühlt, daß er befürchtet, Prügelei anfangen, dann sollte er doch lieber zurücktreten; denn solche Menschen sind doch sicher nicht geeignet, einer Organisation vorzustehen. Die Versammlung verlief in schöner Harmonie. Das Referat Thabors, das auch die abgeschlossene Tarifbewegung behandelte, wurde mit Beifall entgegengenommen.

Düren. Der Friede im Baugewerbe ist zwar gejährt, aber bei uns gibt es Unternehmer, denen ancheinend nicht viel am Frieden gelegen ist. Zu diesen gehört auch der Vorsitzende des hiesigen Unternehmerverbands, Herr Karl Drechaupt. Er hat es darauf abgesehen, die Organisation dadurch zu treffen, daß er ihre Leiter heraushält und, wenn möglich, aus dem Arbeitsmarkt bringt. Zur Zeit veranstaltet er ein kleines Gesellschaftsmeeting gegen unseres Zweigvereinstädtler, den Kollegen Laat. Er bezichtigt diesen bei seinem Unternehmer der Faulheit, natürlich nur, um seine Gullflaßung zu erzielen, damit wieder eine Stütze des Organisations weniger ist. Da dieser Vorstand gänzlich unberügt ist, so darf man hoffen, daß Herr Drechaupt seine Bewilligungen unisono sein werden. Wenn er aber trotzdem seine Kreisberufe fortsetzt, so mag er bedenken, daß noch immer jeder Sturm ersteht, der Wind gefäß hat. So kann es auch ihm gelingen.

Dzielau. Am 7. Juni tagte die monatliche Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins. Zumal erfolgte die Besprechung der Wirtschaftsverhältnisse in der Gegenwart. Es folgte dann die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Die sehr gut besuchte Versammlung brachte den Kollegen Stromitz mit dieser wichtigen Mission. Die nächste Versammlung findet am 28. Juni statt; es wäre zu wünschen, daß alle Kollegen erscheinen.

Gelsen. Sonntag, den 31. Mai, tagte hier eine Mitgliederversammlung, in der uns Kollege Jakob Leipzig mit einem Referat über die Situation im Baugewerbe beschäftigte. Er leitete die Wirtschaftsverhältnisse in der Gegenwart klar und führte uns dann die Lage der Arbeiter vor Augen. Weiter schilderte er das Wohnungsweinen und den Geldmarkt. Keiner Beifall würde dem Referenten zu teil. Alsdann kam die Auffordrung zur Sprache. Es wurde abgestimmt, ob dem Verschluß vom vorigen Monat – Verbot der Auffordrung – festzuhalten.

Gleiwitz. (Eröffnung.) Es wird von verschiedenen Kollegen behauptet, der Kollege Karl Schmidt, geb. am 27. Mai 1881, zu Podemils, Buch Nr. 129 500, hätte in Gleiwitz Verhandlungen unterdrückt. Das trifft nicht zu. Der Kollege Schmidt ist vor drei Jahren mit einem Marktwege verhaftet worden. Er hat sich, laut Postabdrückt, von Herne aus eingefangen. Daher geschieht dem Kollegen Schmidt Unrecht, wenn derartiges von ihm behauptet wird. Ferner wird behauptet, Kollege Schmidt sei kein Mitglied, das trifft auch nicht zu. Kollege Schmidt ist seit 1903 Mitglied des Verbandes, und wenn er für drei bis fünf Wochen die Beiträge schuldet, so wird dadurch der Vorstand nicht gegefährdet. **Der Zweigvereinsvorstand.**

Kiel. Die Mittwoch, den 10. Juni, hier tagende Generalversammlung des Gesamtzweigvereins beschäftigte sich mit dem diesjährigen außerordentlichen Verbandstag. Beschlusse wurde, die Auflistung und Wahl der Delegierten in einer Generalversammlung vorzunehmen und sie rechtzeitig bekanntzugeben. Sodann fand die Statutenberatung statt, die längere Zeit in Anspruch nahm. Unser diesjähriges Stiftungstreffen findet am 19. Juli im „Englischen Garten“ statt. Die jetzt bestehende dreigliedrige Kommission zur Vorbereitung des Vergnügens wurde durch noch vier weitere Kollegen ergänzt. Dem hiesigen Gewerkschaftshaus wurden 4000 auf Genußschiff aus der Totalfasse überwiesen. Ferner kam zur Sprache, daß die Kreisfestslogistik hierfür rasche und sich geprägt hat, so daß eine ganze Anzahl anfängerischer Kollegen brotlos ist. Erwähnt wurde, daß etliche Unternehmer jüngere ausreisende Kollegen in Arbeit stellen, wogegen tüchtige ansässige Leute unberücksichtigt bleiben. Zu bemerken ist noch, daß in der jetzigen Saisonkonjunktur die Laufzeit unter den Kollegen immer mehr Platz greift. Der Versammlungsbau läuft viel zu wünschen übrig.

Landsbutz. Sonntag, den 31. Mai, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: „Unsere Wohnverhältnisse und das Versprechen der Unternehmer im Jahre 1906“. Referent war Kollege Pius aus München. Er wies in seinem anderthalbjährigen Referat auf das Beifall der Unternehmerverbände und ihre Ausprägungspolitik hin und führte weiter aus, daß die Arbeitgeberverbände ihr Versprechen und die Tarifabschlüsse nicht halten wollen, sondern daß es immer wieder zu Streitigkeiten kommt, weil die Kollegen sich auf das Versprechen der Unternehmer beim Regierungspräsidenten von Niedersachsen im Jahre 1906 berufen. Das Beifallen der Unternehmer geht dahin, die freien Organisationen der Arbeiter zu vernichten, um anderen Platz zu machen. Kollege Pius sprach noch ganz ausführlich über die politische Bewegung und die Arbeiterpreise. Nachdem ein Kollege der uns in den Studien gefallen war, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 31. Mai tagende Maurerversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die hiesigen Unternehmer ihr bei den Unterhandlungen 1906 und 1907 gegebenes Wort nicht einlösen und sich an den für 1908 angestandenen Lohnzins von 44,- pro Stunde nicht halten. Die Versammlung beauftragt die hiesige Leitung, in Verbindung mit dem Gauverstande die nötigen Schritte einzuleiten, um von den Unternehmern die Einlösung des gegebenen Versprechens zu erzielen. Die Anwesenden verpflichten sich jederzeit den Anordnungen der leitenden Kollegen Folge zu leisten und durch unermüdliche Agitation den hiesigen Zweigverein so auszubauen, daß er jederzeit im stande ist, die Interessen der Landsbutzer Kollegen auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern.“

Leipzig. Die Leipziger Kollegen beschäftigten sich in einer am 3. Juni im Volkshaus abgehaltenen Versammlung mit der Gründung eines Zweigvereins. Kollege Berthold führte zu diesem Punkt etwas folgendes aus: In den letzten Jahren seien wiederholte Anregungen zur Gründung eines Zweigvereins getroffen. Trotzdem das Verbindungsverbot gefallen war und auch verschiedene Berufe Zweigvereine gegründet hätten, sei die Verwaltung gestuft auf die früher gemachten Erfahrungen, nicht dazu gekommen, einen Verein zu gründen. Nachdem nun das Leidensereignis gezeigt habe, dass es wäre, wenn man einen Verein gründen könnte, so wünsche ich, dass man dies tun solle. Zweitens sei es aber auch einen Rücksicht auf die Leipziger Bevölkerung zu tun. Im Jahre 1883 wurde der erste Fachverein gegründet. Obwohl das Vermögen nur M. 2000 betrug, traten die Kollegen im Jahre 1884 in den Streit, der nach 18 Wochen erfolglos endete. Im Jahre 1885 wurde der erste Gesellenausbildung gewählt, jedoch war dieser Gesellenausbildung nicht so, wie ich sie für die Unternehmer gewünscht hatte. Der Fachverein wurde im Jahre 1887 aus nichtigen Gründen aufgelöst. Der Gesellenausbildung sollte mit dem Hamburger Agitationssymposium in Verbindung getreten sein und wurde deshalb ebenfalls aufgelöst. Die Mitglieder des Ausbildungs wurden bestraft. Bis zum Jahre 1890 wurde jede Versammlung, die sich mit der Gründung eines Fachvereins beschäftigen wollte, verboten. Im Jahre 1890 wurde wiederum ein Verein gegründet, welcher ebenfalls nach kurzen Besuchten aufgelöst wurde. Da nun im Jahre 1891 in Gotha der Zentralverband gegründet wurde, schlossen sich die Leipziger Kollegen am 5. März 1892 dem Verbande als Einzelmitglieder an. Vor der Lohn von 40,- im Jahre 1887 auf 45,- im Jahre 1889 gestiegen, so reduzierten die Unternehmer den Lohn im Jahre 1891. Die Bauprämien, die diesbezüglich verhandelt wurden, gingen verloren, und die Unternehmer reduzierten den Lohn auf 35 und 36,-. Im Jahre 1895 wurde abermals in den Streit geriet; die Unternehmer sperrten auch die Strafbrecher aus, mußten aber dann den Lohn um 10,- pro Stunde erhöhen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängern. Der Streit im Jahre 1897, der 17 Wochen dauerte, musste erfolglos beendet werden. Bei den späteren Verhandlungen mußten aber die Unternehmer den Lohn auf 52 beenden, 55,- erhöhen und die Arbeitszeit auf 9½ beenden. 9 Stunden verfürken. Bei den späteren Tarifabschlüssen wurde dann der Lohn bis zu 65,- erhöht. Nachdem die Gründung eines Vereins beschlossen wurde, wurde die Vorstandswahl vollzogen. Gewählt wurden Kollege Berthold als erster Vorsitzender, Kollege Busch als zweiter Vorsitzender, Kollege Scheibe als erster Kassierer, Kollege Bauriedel als zweiter Kassierer, Kollege Richter als Schriftführer; als Beisitzer die Kollegen Kopisch und Grafe. Die früher gewählten Revisoren wurden in ihrem Amt beauftragt. Unter Berufungsangelegenheiten teilte Berthold mit, daß die Unternehmer um die Unterzeichnung des Tarifs nachgefragt; er habe aber diese abgelehnt. Kollege Bechstädt beantragt, daß den auf Grund der Verordnungsgelehrte gewählten Vertretern der Bericht des Arbeiterschreitariats unentgeltlich von der Organisation geliefert werde. Dieser Antrag wurde angenommen. Kollege Berthold berichtete über die Verhandlungen mit der Rabitspukerselbst und erfuhr die Kollegen Rabitspukerselbst mit für 65,- pro Stunde herzuholen, jondern, sondern die tarifmäßige Lohn zu verlangen. Die Überhunderttausend in zoologischen Gärten, sowie die Beschwerde gegen die Kollegen Böller und Rude wurde dem Vorstand überwiesen. Kollege Berthold erfuhr noch die Kollegen, auf der Baustelle eine schwere Buchkontrolle vorzunehmen, damit die Streitigungen wegen Beitragsrechten verschwinden.

Pforzheim. Die Bautätigkeit ist zur Zeit sehr gut, so daß auch viele Kollegen aus dem von schwerer Arbeitszeit leidenden heimischen Bauarbeiter hier arbeiten können. Die private Bautätigkeit ist besonders stark, doch stehen uns noch keine Zahlen darüber zur Verfügung. In öffentlichen Bauten sind für dieses Jahr oder die folgenden Jahre geplant: Verwaltungsgebäude für das Elektrizitätswerk, Neubau der Mohrschule (Bauaufwand M. 86 400), Altersheim für Altdorfern, Eng- und Nagoldregulierung mit Neubau der Auerbrücke (Bauaufwand M. 524 849,70), Volksbank, Goldschmiedeschule, Kunsthalle und Erweiterungsbau des Bahnhofs, dessen Kosten auf M. 8 352,- veranschlagt sind. Für die Goldschmiedeschule und Kunsthalle hat der Landtag bereits als erste Bauart M. 400 000 bewilligt.

Planen i. P. Zwei Versammlungen fanden hier in letzter Zeit statt. Die erste am 18. Mai mit folgender Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Situation im Bauwesen und das Ergebnis der Tarifabschlüsse. 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes. 3. Gewerbeleidliches. Zum ersten Punkt referierte Kollege Schmitz. In der Diskussion wurde die Taktik des Verbandsvorstandes scharf kritisiert. Man sprach auch über die örtlichen Verhältnisse. Vom Kollegen Wölfe wurde der Antrag gestellt, eine Petition an den Stadtrat einzureichen, daß Ausländer im Bauwesen entlassen, dafür hiesige Steuerzahler eingestellt werden. Dieser Antrag wurde nach einiger Aufführung einstimmig abgelehnt. In den Zweigvereinsvorstand wurden gewählt: Emil Schmidt, erster Vorsitzender und Alwin Eber, erster Kassierer. Die andere Versammlung fand am 3. Juni statt. Die Tagesordnung lautete: Vortrag des Kollegen Schmitz über "Agitation und Organisation". Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung unter Bedauern über den schwachen Besuch. Hierzu hielt Kollege Schmitz einen Vortrag. Es entwickelte sich eine anhaltende Debatte, es wurde stark geringt, daß die ausländischen Kollegen eine Versammlung im "Schotterfeld" abgehalten haben, betreffs des Antrages des Kollegen Wölfe. Der Antrag wurde vom Kollegen Sippel erneut gestellt, aber einstimmig abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, Kontrollstunden einzuführen und Baubetriebsuntersuchungen einzuberufen. Kollege Schmitz bestätigte noch, daß er beim Arbeitgeberbund vorstellig geworden sei und dieser erklärt habe, daß ein derartiger Beschluss, den Lohn zu senken, nie gesetzt worden sei. Ferner wurde ein dringlicher Antrag der Bauarbeiter gestellt, wonach verlangt wird, daß Bauer ausgezöglicht wird, da er Unterschlagungen gemacht und dafür eine Woche Gefängnis erhalten hat. Bauer arbeitet in Neuhelmsdorf; des-

bald wurde die Sache verlegt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

St. Johannis. Am 8. Juni tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung mit der Tagesordnung: "Der deutsche Arbeitgeberverband in seiner wahren Gestalt". Referent war Kollege Schrot von hier. Er schilderte den Anfang der Arbeitgeberverbände und den der Gewerkschaften bis zur heutigen Entwicklung. Weiter schilderte er noch die bisherigen Tarifverhandlungen in den betreffenden Orten und Berufen. Der Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Es wurden dann auch noch einige Unternehmer und verschiedene Kollegen der Saarstraße gerufen, weil sie den hier bestehenden Tarif nicht innthalten wollten. Hierzu wurde vom Vorsitzenden die ziemlich bedeutende Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer geschlossen.

Stettin. In der Versammlung am 29. Mai beschäftigten sich die Kollegen zum dritten Mal mit dem Schiedsprozess. Die vom 25. bis 27. Mai aufgenommene Bautenkontrolle hat ergeben, daß bei 39 Unternehmen 31 Poliere, 330 Gelehrte, 50 Dampfinger und 182 Arbeiter beschäftigt waren. Von den 61 Arbeitsstellen waren Bauten 2 Kellerei, 1 Barlecke, 1 erste Etage, 1 zweite Etage, 1 Dampf, 4 mauerfertig, 8 im Fuß, 7 Umbauten und 30 Reparaturstellen. Von dem alten Verband wurden 25 Poliere, 330 Gelehrte und 38 Lehrlinge beschäftigt, bei Mitgliedern des neuen Verbandes arbeiteten 1 Polier, 42 Gelehrte und 2 Lehrlinge, bei unorganisierten Unternehmern waren 50 Poliere, 56 Gelehrte und 10 Lehrlinge in Arbeit. Der Lohn von 55,- wurde allgemein gezahlt, außer einer Arbeitsstelle in Krebsow, wo vier Kollegen für 40,- arbeiten. Kollege Schauer empfiehlt den Kollegen, den Schiedsprozess anzunehmen, da sich eine in der vorherigen Woche abgehaltene Deputiertenversammlung mit großer Mehrheit dafür entschieden hat. Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt uns am besten die Kontrolle, wonach ziemlich drei Viertel der beschäftigten Kollegen bei Mitgliedern des Arbeitgeberbundes arbeiten, und viele Kollegen gesetzten sind, in der Prüfung zu arbeiten. Kollege Schmidt empfiehlt den Kollegen, den Schiedsprozess anzunehmen, da sie mit ihrer Starrköpfigkeit doch nicht durchkommen. Redner hat in den beiden vorhergehenden Versammlungen dagegen gestimmt, er meint, mit dem Schiedsprozess sei es ähnlich, wie mit dem Extrabeitrag, erst hätten die Kollegen dagegen gestimmt, und nachher doch bezahlt. Auch Bonkowsky ist für Annahme des Schiedsprozesses. Wir hätten zwar mit dem neuen Arbeitgeberbund einen alten Vertrag verlängert und den alten dadurch in eine Zwischenlage gebracht, aber der alte Bund sei der Hauptfaktor in Stettin, da er das dreifache an Lohn gegenüber dem neuen Bund gezahlt hat. Wir hätten protestiert, weil der Verstand über unsere Ansprüche beschlossen hat, bei der jetzigen Wirtschaftslage müssen wir zustimmen. Hinzu kommt, der Vorstand habe zwar in Berlin zugestimmt, trotzdem sei das Vertragsmuster für uns unanwendbar. Holzer ist kein Freund vom Verbandsvorstand, die Stettiner Kollegen hätten von 1897 an allein Schulden. Wenn sie 14 Tage streiken, verhungern sie. Den § 10 hätten wir schon alle Tage auf dem Bau gehabt und darum könnten wir den Schiedsprozess annehmen. Soßt meint, freie Männer könnten wir uns nicht mehr nennen, in drei Versammlungen sei hierüber schon gesprochen worden, dies sei schlimmer als in Russland. In seinem Schlusswort erfuhr Schauer nochmals um Annahme des Schiedsprozesses, wir haben uns das Recht nicht diktieren lassen, sondern daran gewöhnt. Bei der nur folgenden Abstimmung stimmten 56 für und 63 gegen den Schiedsprozess, worauf Schauer erklärt, daß der Schiedsprozess als angenommen gilt, da diese Entscheidung einem Streitbeschluss gleich zu achten, aber die Mehrheit von drei Viertel der Kollegen nicht vorhanden sei. Der zweite Vorsitzende Bonkowsky hat sich am 1. Mai, morgens, sein Buch abtempeln lassen und nachmittags gearbeitet. Der Antrag, ihn aus der Kommission auszuschließen und den Maistempel aus seinem Buch zu entfernen, wurde angenommen. Da sich kein Kollege fand, der den Posten als zweiten Vorsitzenden annehmen wollte, soll die Wahl in der nächsten Versammlung erledigt werden. Beifallen wurde und bis dahin an den Kollegen Richard Petersdorf zu richten. Die Entschädigungsfrage des Vorstandes und Kassierers wird verlängert und nur die Zeit bezahlt werden, in der Arbeit für die Organisation geleistet werden. Nachdem zwei Kollegen die übliche Unterstellung bewilligt erhalten haben, erfolgte Schluß der Versammlung. Die nächste Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Wahl des Delegierten zum Verbandsstag, findet Mittwoch, den 17. Juni, bei Bockholz statt.

Friesenleger.

Hannover. Am zweiten Wochstag tagte unsere erste Versammlung, nachdem sich die in der "Freien Vereinigung" organisierten Kollegen dem Verbande angegeschlossen hatten. Kollege Weißner hatte das Referat übernommen. Er sprach seine Freunde darüber aus, daß die Kollegen nun endlich sich dem Verbande anschließen hätten. Dann wurde auf Antrag der Kollegen Gutsfeld und Brüder die nun nötig gewordene Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden dann folgende Kollegen gewählt: August Wagner, erster Vorsitzender, Linden, Alsenkirchen; August Kind, erster Kassierer. Dann wurde beschlossen, die Sektions-Extrabeiträge auch nur neun Monate zu bezahlen. Entgegnet wurden 50,- pro Monat, die in der Versammlung einstimmig werden sollen. In "Berchtesgaden" entpansch eine Jahr rege Diskussion über die §§ 6, 7, 8 und 9 unseres Arbeitsvertrages. Über § 8 soll ein gerichtliches Urteil eingeholt werden. Als dann brachte Kollege Georg Loft, der in der Zwischenzeit eröffneten war, noch zum Ausdruck, daß er sich des Anschlusses die Befragten nicht wünsche; weiter gab er auch noch einige Ausklärung über die Ziele der "Freien Vereinigung". Außerdem Kollege Fries Weißner ihm vortrefflich darauf erwidert hatte, ermahnte die Kollegen Wagner die Kollegen, nicht den in anderen Städten im Wohlfahrtsfeld stehenden Kollegen auf irgend eine Weise in den Rücken zu fallen. Dann erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Sieger vom Berlin.

Der Maurer- und Zimmermeister Otto Genste, der bei der Bewegung der Berliner Bauarbeiter im vorigen Jahre die Streitbrechervermittlung organisierte und leitete, ist wegen "Kauitionschwundes" verhaftet worden. Bekanntlich gründete Genste in Zeitz, Hagenau und Ostram Stellenvermittlungen, um ein "Gegengewicht gegen Streitunternehmungen" zu bilden. Sobald auf Bauten ein Streit ausbrach, wollte er mit den von ihm vermittelten Arbeitersollonen eingreifen. Für diesen Betrieb führte er durch Angehörige fahrtstaugliche Buchhalter, Lagerverwalter und Transporteure. Die Forderung einer Bürgschaft von M. 800 bis M. 500 begründete er damit, daß die Angestellten in die Lage kämen, mit den Bautsummen in die Streitgebiete zu reisen, um dort auszuholen. Als Genste auch in Berlin um die beobachtete Erlaubnis zur Gründung einer solchen Stellenvermittlung eintrat, sah sich erst die Kriminalpolizei seinen Geschäftsbetrieb an und stellte fest, daß er ohne Genehmigung bereits M. 8200 an Bürgschaften eingenommen und wieder verbraucht hatte. Stattdessen, daß er die nachgeführte Erlaubnis bekam, wurde er deshalb eingekerkert. Er sieht nun seiner Aburteilung entgegen. Wir fordern!

Aus Holland.

Der neue Zentralverband der holländischen Bauarbeiter hat die Tage in Amsterdam auf sein erstes Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag läuft fünf Jahre und bringt im nächsten Jahr eine Lohnerhöhung von 2 Cent pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 8 Stunden pro Woche. Die Löhne betragen dann für Maurer 30,- und für Hilfsarbeiter 27 Cent pro Stunde, gleich 61 bez. 46,-. Der alte (anarchistische) Verband erkennt den Tarif nicht an. Nach den Befindungen unserer holländischen Verbundesorgans bleibt der Vertrag hinter den berechtigten Wünschen der Amsterdamer Kollegen zurück, und nur die schlechte Geschäftslage, mehr aber noch die Machtkontrolle der Arbeiterverorganisationen hat den Zentralverband bestimmen können, dem Vertrag zuzustimmen. Er sieht in ihm den Anfang einer Befreiung, nach dem verlorenen Streit von 1906 sehr erfreuliche Verhältnisse in Amsterdamer Baugewerbe und glaubt, es den Kollegen förmlich zu sein, ob dieser Befreiung mißtraut werden. Wir können die Haltung unserer holländischen Kollegen, sowohl wie die Lage überblicken können, sehr wohl verstehen und sind der Meinung, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Natürlich werden die Herren Anarchisten jetzt einen Woodstafel machen; aber sie sollten lieber bereit mit dem Zentralverband an der Organisierung der vielen Unorganisierten arbeiten, dann würden sie das einzige tun, was für die Zukunft bessere Erfolge bringen kann.

Aus Schweden.

Nach einem Bericht des "Vorwärts" hat der Zentral-Arbeitgeberverband beschlossen, vom 20. Juni ab jährliche organisierte Arbeit in den Baubetrieben zunächst im mittleren Schweden einzusperren und, wenn die im Kontakt mit den Unternehmern stehenden Gewerkschaften sich auch dann nicht unterwerfen, die Aussperrung vom 4. Juli auf das ganze Land auszudehnen. Den Ortsvereinen der Unternehmer ist es von dem Tage an verboten, den Gewerkschaften zu verbinden. Wünschen die Arbeitnehmer zu verhandeln, so soll dies nur mit dem Zentralen der Unternehmer geschehen. — Nach Berichten der Unternehmerpreise wird die Aussperrung zunächst 20 000 Arbeiter, später noch weitere 15 000 treffen. Die Unternehmer brechen, wie geplant, durchschwimmen wollen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. bis 13. Juni sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Alterkrog M. 300, Leibnitz 250, Lehnin 200, Greifswald 200, Neudorfendorf 150, Almung 100, Bäckerei 100, Summa M. 1800. Zuflüsse erhielten: Crelle M. 250, Niedolsdorf 250, Dresden 250, Panitzsch 200, Hörde 150, Worms 100, Karlsruhe i. B. 100, Malchin 50, Gützkow 50, Senftenberg 60, Summa M. 1490.

Altona, den 13. Juni 1908.

Karl Reiss, Hauptkaufmann, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterstellt nie, von Unfällen, Baustützen, überhöht von allen wichtigen Vororten auf den Bauten schulstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bitterfeld. Auf dem Neubau des Bauvereins in der Leubener Oberbürgermeister brach am 13. Juni ein Gerüst zusammen. Bericht wurde dabei ein Kollege, ein anderer konnte sich durch einen Sprung an den Stahlbaum retten. Die Arbeit hatten fünf Maurer und ein Zimmermeister übernommen. Das Rüstholz an diesem Bau hatte vorher jahrelang in einer Säurefabrik gelegen und war überhaupt sehr mangelhaft. Gearbeitet wurde mit unbewaffneter Hand, so daß die Gerüste meistens recht schlecht ausgeführt waren. Besonders hörte man oft Klagen darüber, daß immer mit alten Nageln genagelt werden mußte, die aus dem alten Gerüst erst herausgezogen werden mußten.

Temerhaben. Am 9. Juni stürzte die Gebäu-wand des Bismarcker Balzer am Schießstandweg in der Leber Heide ausgeführten Neubau ein. Der Unfall trug sich folgendermaßen zu: Balzer war auf der Balkenlage beschäftigt und stützte sich dabei mit der einen Hand auf einen halber Höhe der Fenster hochgemauerten Pfosten.

aus irgend welchen, bisher noch nicht aufgeklärten Ursachen gab der Pfleider nach, stürzte aufzummen und stößt auf das Gerüst, welches mit am dem darüber befindlichen Bauwerk in die Tiefe stürzte. Balker, der mit hinabgerissen wurde, zog sich einen doppelten Unterarmbruch zu und mußte ins Leher Krankenhaus überführt werden.

Cunnersdorf. Bei dem Bau der Oberholzsperrre in Mauer bei Zehn ereignete sich infolge eines heftigen Windsturmes ein Unfall. Eine 50 m lange Holzbaracke war bis auf das Verschalung. Als Freitag, den 5. Juni, der Maurer Gustav Wörbs aus Grunau und der Zimmerer Wilh. Meißig aus Oberzöhrsdorf auf dem Dache der Baracke ein Stück Holz holtziehen wollten, kam plötzlich ein Sturm auf, der die ganze Baracke niederschmetterte und die beiden Arbeiter herunterwarf. Wörbs hatte sich den linken Fuß verstaucht. Meißig hatte am Kopf leichte Verletzungen. Zum Glück kürzten sie an der oberen Seite ab, die bloß 5 m hoch war, wogegen die untere Seite 25 m hoch ist.

Sera. Am 5. Juni stürzte der Kollege Kramer am Kasernebau 6 m hoch herab. Er wollte die Schnur aufstecken und lehnte sich dabei über einen noch freitiegenden Träger. Dieser kippte um und verursachte so den Sturz Kramers, der Verletzungen am Kopf und an den Schenkeln erlitt.

Glaßbed i. B. Einen Hützenkurs nach besseren Bauarbeiterstufen möchten wir unsere Beilen nennen. Im vorigen Jahre ereigneten sich schon sehr viele Unfälle, und in diesem Jahre, wo die Bauteile jetzt viel schwächer ist, scheint es, als ob wir noch mehr erleben sollten. Erst in jüngster Zeit wurden — leider zu spät, um genaue Bestellungen machen zu können — zwei schwere Unfälle gemeldet, wo bei dem einen ein Menschenleben daraufging während bei dem zweiten, dem Verleihen ein Bein abgenommen werden mußte, um ihn am Leben zu erhalten. Verbandszeugstücken scheint man in Gladbeck für einen überflüssigen Artikel zu halten; denn selbst dort, wo man sich einen leistet, dient er meistens zur Aufbewahrung von Beleidigungen, Schnüren und ähnlichen Sachen. Wir hätten viel zu berichten, wenn wir alle Klagen der Kollegen veröffentlichten wollten. So sind die Baubuden an Klein, so daß die Kollegen teilweise ihre Mahlzeiten im Freien einzunehmen müssen; da lagert Material und Werkzeug aller Art, wie Dachpappe, Ziegelkalk, Zement, in der Bude u. s. w. Was würden die Unternehmer sagen, wenn sie von solchen Dingen unmittelbar essen sollten? Über traut man einem Arbeiter die normalen menschlichen Empfindungen nicht zu? Auf die Aborte legt man gar keinen Wert. Um nur einen Fall herauszuziehen, erwähnen wir den vom Unternehmer Heisterkamp ausgeführten Schulneubau. Dort sollt man von ausgestanzten Kübelpfosten eine höherer Umfriedung hergestellt, innen eine Latte als Sitz aufgesetzt, und damit hat man den stiftlichen und gefundheitlichen Anforderungen unserer hochqualifizierten Zeit genügt. Über nicht? Uebrigens ein stützt sich der Bau, was man beachten sollte! Nur ist freilich die Firma Heisterkamp überhaupt in Gladbeck voran. Als neulich ein Kollege den Polizei auf eine Gefahr beim Gerüstbau aufmerksam machte, erhielt er den Bescheid, er versteünde davon gar nichts. Ob er wohl noch weniger davon versteht als der Polizei? Der sollte sich einmal an einem Sonntag nachmittag die Unfallverhütungsvorschriften vornehmen und recht gründlich studieren, und wenn er es so nicht kopiert, kann ihm vielleicht einer unserer Kollegen Vortrag darüber halten. Mögen die Unternehmer dies als Warnung auffassen; befremdet sind die Verantwortliche nicht, sie werden wir ihres mit Anzeigen an die Polizei und an die Berufsgenossenschaft wenden.

Quedlinburg. Am 2. Juni fiel auf einem Bau des geprägten Mauermeisters Emil Timpe an der Monumentalstraße ein Fensterbogen herab und traf den Maurerpolier Schramm, einen Arbeiter und einen Lehrling, die beim Einfassen der Schalbölzer beschäftigt waren, so, daß sie in die Tiefe stürzten. Während der Polter und der Lehrling auf der ungenügenden Abdichtung der Kellerräume mit leichteren Verletzungen liegen blieben, fiel der Arbeiter Fr. Rieling bis auf die Kellerjoche. Hier, wo allerlei Schutt und Gerümpel herumlagen, blieb er mit schweren Kopfverletzungen und einigen Rippenbrüchen liegen und wurde dann dem Krankenhaus zugewiesen, wo er im bedenklichen Zustande darüberliegt. Die Schuld an diesem Unfall trifft Timpe. In einer ungefähr 14 m langen Seitenfront befindet sich in der Mitte ein 2,70 m langes Resslitz. In diesem Resslitz ist ein Fenster, dessen lichte Weite 1,70 m beträgt. Außerdem befindet sich im Resslitzvorprung zu beiden Seiten ein Fenster von 60 cm lichter Weite, so daß nun für die Schreiber nur 1 m an anderthalbster Wand verbleibt. Um nun die Übertragträger zu erhalten, ließ der Meister einen Bogen wölben. Dieser Bogen, der am Schlusse nur eine Stärke von einem halben Stein hatte, war ohne Zement und ohne jede Verankerung hergestellt. Den mit abgestützten Lehrling, der auf Verlangen des beim Bogen beschäftigten Maurers etwas Zement holen sollte, erhielt vom Polter Schramm statt Zement — Obriegeln. Herr Timpe aber beruft es, die Schuld an dem Unfall den Zimmerleuten aufzuschieben, die die Balken gelegt haben. Doch ein Unglück kommt selten allein. Schon am 3. Juni wurde der Maurermeister von seinen Mauern nach den Kästenbauten gerufen, wo er von ihm erbaute Wohnhaus für verkeilte Unterkoffiziere an mehreren Stellen in allen drei Etagen an den genötigten Deden geometrische Risse aufweist. Mag hieran das in die Keller eingedrungene Regenwasser mehr Schaden haben, als Herr Timpe jedenfalls wäre es aber angebracht, daß der nach dem Fehlungsbaugesetz schreiende Timpe diesen erst einmal selbst erbringen würde. Dem Timpe, der nicht nur seine Arbeiter, sondern auch Techniker des städtischen Bauamtes groß behandelt, sollten vom genannten Bauamt keine Arbeiten mehr übertragen werden.

Templin. Am 5. Juni fiel auf dem Neubau der Unternehmer Werner & Albrecht ein Maurerlehnling beim Abziehen 8 m tief in den Keller herab. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald starb. Die Schuldfrage ist leicht zu beantworten; denn es war nichts abgedeckt. Das Gerüst läuft im ganzen viel zu wackelig übrig.

Straßburg i. Els. Am 24. Mai stürzte in dem naheliegenden Ronnenburg der Neubau des Unternehmers Philipp frei ein. Glücklicherweise war es Nacht, so daß wenigstens keine Menschen dabei verletzt wurden. Tags

zuvor waren 16 Arbeiter an dem Bau beschäftigt. Der Bau war drei Stockwerke hoch und bis zum Rücken gefördert. Stehen blieb nur ein Giebel und eine Frontmauer. Die Ringwände waren sehr mangelhaft, die beiden Giebel gar nicht verankert. Im Keller hatte man ein Brunnentroch, bei dem der Mörtel angerichtet wurde. Es ist möglich, daß sowohl die schlechte Verankerung wie die große Nähe im Keller, die auch wohl ins Mauerwerk eindrang, den Zusammenbruch verschuldet hat. Im übrigen erschien bei der Bauausführung ein großer Leichtinn, weshalb auch die beschäftigten Arbeiter nicht ganz zuständig waren. Wenn sie Achtung vor ihrem Leben gehabt hätten, so hätten sie dem Unternehmer entgegentreten müssen. Beider steht auch die Börde so festen Leuten nicht genug auf die Finger. Wörbs wird zwar geprüft und untersucht, aber das hätte eher geschehen sollen.

Bielefeld. Am 10. Juni stürzte beim Abriss des alten Güterschlages in Bindow eine Decke ein, die drei Arbeiter mit in die Tiefe riss. Zwei davon kamen mit leichten Handverletzungen davon, der Maurer Münte hat einen Andenkbruch erlitten, der seine Aufnahme ins städtische Krankenhaus zu Bielefeld erforderlich machte.

* **Bauarbeiter unter dem Schutze der staatlichen Bauaufsicht.** Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Wie wenig sich trotz einer ministeriellen Verordnung zum Schutz der Bauarbeiter vom 29. Februar 1904 in Baden die ausständige Behörde um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter an dem Bauhau im Murgtal (Firma Bruck & Co. in Berlin) kümmert und wie brennend die Frage, Bauarbeiter aus Arbeiterschutz anzutun, insbesondere in bezug auf die Durchführung der Schutzbestimmungen an Staatsbauten wird, sollten doch endlich auch die schlimmsten Gegner dieser wohlberechtigten Forderung der Bauarbeiter einsehen. Die dort vorherrschenden Missstände haben uns bereits am 27. April d. J. veranlaßt, im "Baukongress" in Karlsruhe eine diesbezügliche öffentliche Anfrage an die zuständige Behörde zu richten. Bis heute hat man es noch nicht für notwendig gehalten, auf diese Anfrage zu antworten, den weniger noch, Abbülfte zu schaffen. Wie gehen absolut nicht zu weit, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß die ministerielle Verordnung zum Schutz der Bauarbeiter vom 29. Februar 1904 für die im Murgtal beschäftigten Arbeiter tatsächlich nur auf dem Papier steht; den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, wird uns nicht schwer fallen, und wir wollen deshalb hier einige Fakten anführen.

In Langenbrück am Brückenbau über die Murg werden zeitlichende Peileiter in einer Höhe von circa 18 m errichtet; auf dem Peileiter befindet sich überhaupt kein Gerüst, auf dem gearbeitet wird. Hier müssen die Arbeiter auf schwindelerregende Höhe ohne jedes Schutzhilfes direkt auf dem Mauerwerk arbeiten. Wenn man bedenkt, daß dort Steine im Gewicht von mehreren Tons verarbeitet werden, dann muss jede Lai die Herstellung gewinnen, daß bei dem geringsten Hebeleffekt der Arbeiter in die Tiefe stürzen müßt. Keiner findet man an der Baustelle Rollbahnen zum Transport des Materials, die nichts weniger als den Vorrichtungen entsprechend errichtet sind. Diese Bahnen sind zum Teil an Abhängen angebracht; trotzdem findet sich dort nicht ein einziges Schutzhilfes, daß die Arbeiter vor dem Absturz schützen könnte. Lebensgefahrlich in jeder Beziehung mag die Arbeit an diesen Rollbahnen bezeichnet werden.

Auch bei den Sprengarbeiten scheint es uns, als wenn sich die staatliche Bauaufsicht überhaupt noch nicht um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gekümmert hätte, sonst würde es nicht schon hier vorgekommen sein, daß Sprengsätze die Hände der Schalbölzer Nr. 1 einschlugen und die darüber arbeitenden Arbeiter der Nachschicht in die größte Gefahr brachten. Es ist als ein großes Glück zu betrachten, daß in diesem Falle nicht jeder Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben.

So der vergangenen Woche ereignete sich bei Langenbrück ein Unfall dadurch, daß einem Arbeiter ein Sprengsatz auf den Kopf fiel, hier liegt es fast dann auch, daß nicht an jeder Stelle das nötige Verbundband vorhanden ist, dieses mußte erst aus einer Entfernung von 20 Minuten geholt werden; wie leicht kann in einem solchen Fall ein verletzter Arbeiter verbluten.

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß unsere obige Behauptung in jeder Weise zutrifft; wir folgern daraus: Entweder hat man im Murgtal überhaupt noch keinen staatlichen Bauarbeiter gegeben, oder aber ist ein solcher Beamter, der an beteiligten Dingen, ohne einzutragen, vorübergehen kann, nicht fähig, einen solchen Posten zu besetzen.

Wie oft haben wir schon darauf hingewiesen, daß es ein berechtigter Wunsch der Arbeiter ist, daß Bauarbeiter aus ihren eigenen Reihen angestellt werden; was müssen denn die schönen Verordnungen, wenn diese selbst nicht einmal von der staatlichen Bauaufsicht durchgeführt werden?

In technischer Hinsicht mögen die jetzt angestellten staatlichen Beamten ihrer Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen sein; aber zur praktischen Durchführung der Bestimmungen betreffs Bauarbeiterisch halten wir Bauarbeiter aus Arbeiterschulen für weit weniger.

Im Murgtal arbeiten zur Zeit eilige hunderte ausländische Arbeiter, die eben wie jede Woche von der Firma Bruck & Co. auf Veranlassung der Behörde die Steuer vom Lohn abgezogen. Ist es dann nicht das größte Recht dieser Arbeiter, von der Behörde zu verlangen, daß man sie gegen Gefahren für Leib und Leben nach den Bestimmungen der ministeriellen Verordnung vom 29. Februar 1904 in jeder Beziehung auch schützt?

Weiter müssen wir darauf aufmerksam machen, daß gegen die Bestimmungen § 115, Abfall 2, der Gewerbeordnung ebenfalls sehr viel gefüllt wird. In diesen Paragraphen ist ausdrücklich bestont, daß die Arbeitsschutzmittel nur gegen den durchschnittlichen Schlußsteinpreis an die Arbeiter verhängt werden dürfen; wie sieht es aber in Wirklichkeit dort aus? Die Arbeiter müssen in der Regel pro Tag circa 80,- für ihr Essen bezahlen, dieses repräsentiert aber höchstens einen Wert von circa 60,- zudem werden den Arbeitern, die in der Kantine essen, von der Firma pro Woche noch 20 bis 25,- für Holz direkt vom Lohn abgezogen; in diesem Falle sind wir der Meinung, daß hier einmal ausnahmsweise zwar kontrolliert werden müßt, schon deshalb, weil die Vorgesetzten der Arbeiter, die an die Bier und andere Lebensmittel verkaufen, absolut kein Recht haben, sich an den sauer verdornten Groschen der Arbeiter zu bereichern.

Alles das jetzt Angeführte hat uns veranlaßt, an die Behörde die oben erwähnte öffentliche Anfrage zu richten;

um so mehr müssen wir behaupten, daß man uns seine Antwort gegeben hat, daß man unserer Anregungen als Vertreter der gesamten Bauarbeiter im Murgtal nicht Rechnung getragen hat. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die staatliche Bauaufsicht nunmehr Veranlassung nimmt, die Zustände im Murgtal einmal gründlich zu kontrollieren und dazu einen Vertreter der Bauarbeiterchaft mit hinzugelehen, schon deshalb, weil bei den artigen Dingen die Arbeiter viel mehr Berücksicht zu ihren Kollegen haben. Für äußerst notwendig erachten wir es, daß die Kollegen, die im Karlsruher Bezirk an Staatsbauten beschäftigt sind, der Organisationsleitung fortwährend über vor kommende Maßnahmen und vorhandene Missstände, betreffend Arbeiterschutz, Mittellung machen.

* **Arbeiterkontrolle in Pforzheim.** Die Bauarbeiterkommission hatte sich im vorigen Jahre an dem Stadtrat gewandt und die Anstellung von Arbeiterschutzbeamten gefordert. Der Stadtrat tat, als sei das nicht seine Sache und überließ die betreffende Petition dem Bezirksamt. Dies hat nun vor einiger Zeit geantwortet, und zwar hat es die Anstellung abgelehnt, weil nach seiner Meinung kein Bedarf nach vermehrter Kontrolle vorliegt, die vorhandenen Beamten reichten zur ordnungsgemäßigen Überwachung aus. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

Wir bemerken jedoch, daß wir die Sache fortgesetzt im Auge behalten und gegebenenfalls die Vermeidung der Beamten, insbesondere die Bestellung eines weiteren Bauaufsichtsbeamten werden; im übrigen ist die Ernennung der Bauaufsichtsbeamte des Stadtrats nicht des Bezirksamts. Sollte demnach der Stadtrat Pforzheim zur Anstellung eines aus dem Stande der Bauarbeiter hervorgegangenen Bauaufsichts gelangen, so haben wir, sofern die betreffende Berechtigung besteht — was nötigenfalls auf Grund einer vorzunehmenden Prüfung festgestellt wäre — die erforderlichen Kenntnisse bezüglich und außerdem im Stande ist, schriftliche Meldungen in eindrucksvoller Form zu erstatten, gegen diese Anstellung nichts zu erinnern.

Daraus geht also her vor, daß der Stadtrat doch für die Anstellung zuständig ist. Unsere Kollegen werden besonders diese Lehre nicht in den Wind schlagen.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Der vierte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands tagte am 11. und 12. Mai in Berlin. Durch 1115 Delegierte waren vertreten 764 Kassen, darunter 568 Ortskassen, 77 freie Hilfskassen, 96 Betriebskassen, 25 Innungsvereine und einige Knapphofschaften. Neugegründete waren ein Drittel der Delegierten waren. Der Bezirksteiger. Die Kassen umfassen zusammen über 7 Millionen Versicherte. Das Reichsamt des Innern war zur Teilnahme eingeladen worden. Der Staatssekretär v. Weizmann-Höllriegel hatte diese Einladung mit einem Schreiben beantwortet, in dem es heißt:

"Es ist meine Absicht, auch den Krankenkassen regelmäßig die Gelegenheit zur Neuerung ihrer Wünsche für die Reform der Arbeiterversicherung zu geben. Zu dem Zwecke werde ich meinerseits Vertreter der Kassen unter gleichmäßiger Berücksichtigung der verschiedenen Klassenarten und Interessengruppen zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern einladen. Dies soll jedoch erst gegeben werden, daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen können. Den gegenwärtigen Zeitpunkt halte ich zu einer föderalen Behandlung der einfachen Fragen noch nicht für geeignet, und glaube deshalb, davon absehen zu sollen, dem Wohl des Reichs des Vorstandes entsprechend, zu der bevorstehenden Versammlung Vertreter zu entsenden."

Auch das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe, das Kultusministerium, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und das Reichstagspräsidium waren einer an die ergangenen Einladung nicht gefolgt. Von den eingeladenen Reichstagsträgern war die sozialdemokratische, nationalliberale und Zentrumsfaktion vertreten; außerdem hatten die Kreis- und Hirsch-Döndorf-Gesellschaften Vertreter gesandt und sogar die Stadt Berlin hatte sich dazu aufgeschwungen.

Das erste Referat, erstattet von Bauer-Berlin betraf die Reform der Arbeiterversicherung. Seine Vorläufige gipfelte in der Zusammenlegung aller Versicherungsangebote, deren Organisation im einzelnen näher ausgefüllt wurde. Falls die Zusammenlegung nicht wie gedacht zu Stande kommt, Centralisierung der Krankenversicherung. Bei der Verwaltung soll nach dem Grundsatz verfahren werden, daß den Berücksichten und denen, die zu den Kosten mit beitragen, die Verwaltung gehört. Für die Vertriebswohnen soll das Proportionalwahlrecht eingeführt werden.

Das zweite Referat über "Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und ihre Gefährdung" erstattete Albert Kohn-Berlin. Der Redner behandelte diese wichtige Frage in sehr wirkungsvoller Weise und empfahl eine Resolution, in der es heißt:

"Zu noch höherem Maße wie die übrigen Arbeiterberufsgesetze bedarf die Krankenversicherung der Selbstverwaltung, welche bei ihr ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden kann.

Die Unterstellungen, welche die Krankenkassen bereits gegenwärtig obliegen, sind derart, daß sie sofort geziert werden müssen, wenn sie den Zweck erreichen sollen, den Kranken einerseits zur möglichst raschen und nachhaltigen Wiederherstellung der Erwerbstätigkeit zu verhelfen, andererseits eine verhängnisvolle Schwächung der wirtschaftlichen Lage der Kranken möglichst hintan zu halten.

Dabei kommt noch heute in Betracht, was bereits in der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, 1882 ausgeprochen wurde. Die Vorstellungen des Krankenunterstützungsausschusses und namentlich seiner Fortdauer sind derart, daß sie nur von solchen Organen mit Sicherheit beurteilt und kontrolliert werden können, welche den in Betracht kommenden Verhältnissen nahestehen und die Voraus-

schungen der Unterstützungsansprüche und die Bedingungen ihrer Fortdauer an Ort und Stelle selbst festzulegen, im stande sind.

Es erscheint dringend notwendig, daß die Krankenkassen immer mehr auch eine rege prophylaktische Tätigkeit entfalten. Je intensiver das geschieht, um so mehr ist auch die Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage nötig, da nur sie in der Lage ist, den verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und örtlichen Verhältnissen jahrgemäß Rechnung zu tragen.

Eine gebedürftige, nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern auch zur Förderung der Volksgesundheit notwendige Entwicklung der Krankenversicherung ist nur zu erwarten von großen corporativen auf Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten."

In der Debatte, traten färmliche Redner, die in den Resolutionen niedergelegten Grundsätzen bei Besonders-eingehend wurde die Frage der Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten.

In der Debatte, traten färmliche Redner, die in den Resolutionen niedergelegten Grundsätzen bei Besonders-eingehend wurde die Frage der Selbstverwaltung beruhenden Verbänden der Versicherten.

Annahme fanden weiter folgende Resolutionen:

Der Kongress der deutschen Krankenkassen richtet an die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere an die Regierung als eine unabsehbare Forderung der Versicherten das Erreichte, bereits zu den vorberatenen Arbeiten für die Reform der Arbeiterversicherung bezüg. des Krankenversicherungsgesetzes Vertreter der Krankenkassen hinzuzuziehen. Besonders sachdienlich und notwendig wird es sein, die Kassenvertreter schon vor dem Abschluß der Regierungsvorlage zur gutachtligen Auseinandersetzung und zur Begündung der Forderungen der Versicherten heranzuziehen."

Der Kongress protestiert gegen die Befreiungen, besonders Kasseinrichtungen für die Pensions-, Witwen- und Waisenversicherung, der Privatkasse an zu schaffen, und erachtet die Weisung des Reichsamt des Innern, den Bundesrat und den Reichstag, diesen Befreiungen nicht Folge zu leisten. Der Kongress fordert die Herbeiführung einer erhöhten Fürsorge für die gesamte lohnarbeitende Bevölkerung und sieht den besten Weg dazu in der Erweiterung und dem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes auf den ganzen Kreis der Arbeitnehmer und Angestellten gemeinsam. Die maßgebenden Instanzen bittet der Kongress, in diesem Sinne eine weitergehende Zerplitzung der Versicherungseinrichtungen zu verhindern.

Schriftlich nahm der Kongress auf Aufruf Rundé-Hamburg eine Protestsresolution gegen die Verdächtigungen der bürgerlichen Presse an, als trage er einen parteipolitisch sozialdemokratischen Charakter.

Der nächste allgemeine deutsche Krankenkassentag wird wiederum in Berlin stattfinden. Den Zeitpunkt seines Zusammentreffens zu bestimmen, wurde dem Vorstand überlassen. Wahrscheinlich wird er erst nach der Veröffentlichung des endgültigen Regierungsentwurfes eingerufen werden. Aus den uns vorliegenden Berichten geht nicht hervor, daß der Kongress sich auch mit dem Gesetzestext betreffend die Gültigkeit der beschäftigt hat. Dieser Entwurf hat überhaupt keine Erwähnung gefunden. Nach unserem Erfahrungen wäre es geboten gewesen, auch auf ihn Rücksicht zu nehmen, zumal doch 77 Gültigkeit vertreten wären. Daß das nicht geschehen ist, hat uns einigermaßen überrascht.

Verschiedenes.

* **Freiwild.** Einer empörenden Gewalttat eines Waldwärters ist unter Verbandskollegen Albin Fülle in Bophausen bei Greiz zum Opfer gestellt. Viele und noch mehrere Jagdwanderer waren in der Wintersonnabend mit einem Jäger hier in den Wald gegangen. Ein Waldwärter, der ihnen gefolgt war, verbot den Leuten den Aufenthaltsort, obwohl sie nur einer vielgrünen Sitz hielten. In dem entstehenden Wortwechsel verbatste der Waldwärter den Kollegen Fülle, und bald nachdem er mit ihm fortgegangen war, fiel ein Schuß. Fülle hatte wohl fortlaufen wollen und der gewisslosen Baron von Waldwärter hatte ihm einen Schuß in den Rücken gejagt, der den Kollegen auf der Stelle töte. Für die Beurteilung der Handlungswerte des Waldwärters kommt in Betracht, daß er Fülle ganz genau kannte und daß das Vergehen — das Lager im Walde — höchstens als eine Übertreibung mit einer kleinen Geldstrafe geahndet werden könnte. Ein Mitarbeiter-Freiwild.

Eingegangene Schriften.

Die "Neue Zeit", Heft 87 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Heile und Stebler. — Die Abteilungsbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland. Von M. Martina (Helsingfors). — Zweijähriger Preis in der Literatur. Von Georg Davidsohn. — Ein Normarbeitszeittag für die Landwirtschaft. Von L. H. Mansholt (Westpolster, Provinz Groningen, Holland). Mit einem Nachwort von K. Haustu. — Die Rentabilität der Schweizerischen Landwirtschaft. Von Dr. S. H. — Notizen: Die russische Geistlichkeit. — Beiträgen des Herausgebers.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kioske zu beziehen; jedoch kann diezeit bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Es ist unseren Bekannten schon bekannt, daß im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, eine Reihe von Abhandlungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erscheinen. Von dieser Sammlung ist soeben Heft III ausgegeben. Es enthält die sozialdemokratischen Wahlaufrufe für die Reichstagswahlen von 1881, 1884, 1887. Da diese Aufrufe in die Zeit des Sozialismengesetzes fallen, dürften sie einer besondern Beachtung sicher sein, spiegeln sie doch ein interessantes, an Kämpfen reiches Zeitalter der Parteigeschichte und Kämpfe.

Briefkasten.

Nebra, S. Sch. Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, zumal die Angaben für den Fall nur sehr dürftig sind. Zur Beantwortung solcher Fragen gehört genauer Kenntnis der vermögensrechtlichen Verhältnisse der Ehegatten untereinander. Die Angabe, daß beide nichts gehabt haben, sondern sich ihr Vermögen erst in der Ehe erworben, genügt nicht, da die rechtliche Stellung der Vermögensverhältnisse der Ehegatten zueinander sich in jedem Stadium der Ehe anders gehalten läßt. Da der Erbe also garnicht über die Hinterlassenschaft seiner Mutter weilt, sondern seine Ansprüche sich nur auf Vermüngungen stützen, so wäre ihm zu raten, daß er den Vater gerichtlich aufzufordern läßt, ein Vermögensvergleich seiner verstorbenen Ehefrau beim Gericht einzureichen; erst wenn dies geschehen ist, können weitere Schritte zur Erlangung der Erbsofort unternommen werden. Haben die Eheleute bis zum Tode der Frau Gütergemeinschaft gelebt und sind gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden, so ist die Gütergemeinschaft nach dem Tode der Frau fortzuziehen. Die Kinder haben also kein Recht von dem Vater die Ausführung eines Teiles des gemeinschaftlich erworbenen Vermögens zu verlangen.

Kroppenstedt und Berbst. Verhältnisanzeigen

tamen zu spät.

999, S. 2. Die Vermögenshaften sind gesetzlich verpflichtet, für die Einbuße der Erwerbsfähigkeit eine Rente zu gewähren; den vollen Schaden, den jemand durch einen Betriebsunfall erleidet, brauchen aber die Vermögenshaften nicht erzeigen, um allerwichtig sind sie aber gehalten, für den zweiten Schaden, den ein Betriebsunfall mit sich bringt, einzutreten. Es ist daher auch völlig ausgeschlossen, daß für das gefühlte Leid, das ja an sich gewiß traurig genug ist, eine Rente zu erlangen wäre.

J. S. 100. Die Baugewerbeschulen sind dort alle auch im Sommer geöffnet.

Neumarkt, S. G. Es handelt sich dabei nur um eine Resolution. Diese ist zwar angenommen, aber damit ist sie noch nicht Folge gegeben worden, denn es heißt ja nur, die Regierung wird erachtet, dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten usw. Das hat die Regierung aber noch nicht getan, sie hat wohl keine Zeit dazu und wartet darum so lange, bis die Befürworter alle gestorben und verstorben sind.

Burg b. Magdeburg. Die M. 3,80 müssen der Armenstube zurückgestellt werden, da die Eltern die Verpflichtung haben, den Kindern Unterhalt zu gewähren; das Lebensalter kommt hierbei gar nicht in Betracht.

Aachen. Das kann gelegenheit in einem Bericht mitgetragen werden. Das beste Mittel gegen Druckfehler ist deutscher Sprach.

Stettin, W. Sch. Der übrige Teil des Berichts ist zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Freienwalde und Fürstenwalde. In den Verhältnisanzeigen steht das Datum, die Veröffentlichung ist deshalb unterblieben.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereine bzw. Zentralstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichte wir jede Todesstrophe des Verbandsmitgliedes, von denen nun innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Tafel kostet 15 Pf.

Dresden. Am 1. Juni starb der Kollege **Josef Christ** im Alter von 27 Jahren an Nierenzündung.

Am 11. Juni starb der Kollege **Paul Hermann** im Alter von 27 Jahren an Lungenerholzose.

Bramberg. Am 8. Juni starb der Kollege **Karl Schulz** im Alter von 47 Jahren an Magenkrebs.

Danzig. Am 6. Juni starb der Kollege **Edward Blieschke** im Alter von 44 Jahren an Asthma.

Friedrichshagen. Am 2. Juni starb nach langem Leiden unser Kollege **Paul Hangesheimer** im Alter von 81 Jahren an Lungenerholzose.

Greiz. Am 7. Juni starb unser Kollege **Alwin Fülle** im Alter von 27 Jahren infolge eines leichtsinnigen Schusses eines Försters.

Hannover. Am 2. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Segert** im Alter von 33 Jahren an Lungenerholzose.

Am 8. Juni starb nach vierjähriger Krankheit unser Kollege **Wilhelm Grotzehenne** im Alter von 47 Jahren an Darmcarthar.

Kiel. Am 12. Juni starb unser Kollege **August Schurbohm** freiwillig aus dem Leben.

Königsbrücke. Am 9. Juni starb unser treuer Kollege **Karl Nowak** im Alter von 66 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Mülhausen i. G. Am 4. Juni starb der Kollege **Anton Geißel** an den Folgen eines Unfalls.

Söllingen. Am 26. Mai starb unser junger Verbandskollege **Georg Born** im Alter von 38 Jahren an Lungenerholzose.

Stuttgart. Am 7. Juni starb unser Verbandskollege **Jakob Liedle** im Alter von 57 Jahren.

Am 8. Juni starb unser Verbandskollege **Thomas Bauer** von Plattenhardt im Alter von 28 Jahren.

Waren. Am 9. Juni starb unser treuer Mitglied **W. Peters** im Alter von 31 Jahren an Influenza.

Glory ihm Andenken!

Markranstädt. Der erste Vorsitzende **Rich. Prengel** wohnt Alberstr. 14, 3. Et. Der erste Salzher **Leopold Eichenkopf** wohnt Parstr. 13. [M. 1,20] Der Vorstand.

Fried. Welland, geb. 24. Mai 1888 zu Voits. Verb.-Nr. 170 592, wird gebeten, seine Adresse an **August Timm**, Voits, Dommericherhause, einzutragen. Andere Kollegen wollen ihn darauf aufmerksam machen; es handelt sich um Familienangelegenheiten. [M. 1,50]

Nikolaus Knöchel, geboren 21. Februar 1890 in Ebersdorf, einget. in den Verband am 12. Mai 1908 unter Nr. 332 142, wird von seiner Mutter geführt. Mitteilungen nimmt entgegen [M. 1,50].

Hans Hofmann, Bayreuth, 99 Garten 22.

W. Niemeyer, geb. 26. Februar 1885 zu Lindenhorst bei Dortmund, wird erachtet, seine Adresse an seinen Schwager, **W. Nölker**, Dortmund, Eintrachtstr. 2, gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine Erbbaulichkeit. [M. 1,20]

Matthias Dreschmann, wo steht Du? Es heißt, um Nachricht [M. 1,50]. **Hermann Lene**, Köln-Nippes, Delzigerplatz 11.

Wilhelm Hencke wird geführt. Mitteilungen sind an **Richard Peissner** in Weddel bei Geesthafen, bei Herrn Eichholz, zu richten. [M. 1,50]

Franz Wasserberg! Sendet Deine Adresse eben. Ritter an Zimmerer Januowski in Essen a. d. Ruhr. [M. 1,50]

Cüstrin.

Sonnabend, den 27. Juni, Abends 8 Uhr:

* Stiftungsfest *

Sommernachtsball, verbunden mit Gartenkonzert und Tanz. [M. 8]

Der Vorstand.

Wittstock a. d. B.

Sonnabend, den 20. Juni, morgens 8 Uhr:

Reunites Stiftungsfest

bei Karl Müller, Herberge. Von 10 Uhr an: Versammlung.

Am 1. Uhr vor der Herberge nach dem Festlokal bei Herrn Edor, Rosenplan. Um 2 Uhr: Festessen mit darauf folgendem Gartenkonzert und Tanzkranzchen.

Die Kollegen von Wittstock und Umgegend werden freudlich eingeladen. [M. 4,50] Der Vorstand.

Zielenzig.

Sonnabend, den 27. Juni 1908, abends 8 Uhr:

Stiftungsfest

im Schächenhäusle.

bestehend in Theater und Ball, wozu die Kollegen von Zielenzig und Umgegend hiermit ergeben eingeladen sind. [M. 8] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 21. Juni.

Frankenhäusen. Nachm. 9 1/2 Uhr im "Barbarossaer".

Granssee. Nachm. 3 Uhr im "Kreislichen Hof". T.O.: Delegiertenwahl.

Greene. Nachm. 3 Uhr im "Schächenhäusle". T.O.: Delegiertenwahl.

Gross-Rühden. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. T.O.: Wahl eines Delegierten.

Langenwetzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Spora.

Neuhardenberg. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Kähne.

Ruhrohr. Nachm. 9 Uhr zu einer besonderen Generalversammlung bei Sondermann in Duisburg-Dorst, Kaiserstr. 115. T.O.: Delegiertenwahl.

Seidenberg. Nachm. 4 Uhr im Kreishaus, Alt-Selzenberg. Wichtige Angelegenheiten!

Striegau. Nachm. 3 Uhr im Hotel "Fürst Bismarck".

Templin. Nachm. 3 Uhr im Lokal des Herrn Krolla.

Treuenbrietzen. Nachm. 4 Uhr bei Kretschmar, Breitestraße.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Verbandslokal. T.O.: Wahl eines Delegierten.

Zehdenick. Nachm. 2 Uhr im Bischöfz. Gewerbeschäftliches.

Sonntag, den 23. Juni.

Sorau. Abends 6 1/2 Uhr in der "Flora". T.O.: Delegiertenwahl zum Verbandsversammlung.

Abends 6 1/2 Uhr in der "Grünen Aue". T.O.: Wahl des Delegierten zum Verbandsversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen!

Montag, den 24. Juni.

Guben. Abends 7 Uhr. T.O.: Delegiertenwahl zum Verbandsversammlung. Abrechnung von der Ausprägung.

Rastenburg. Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal, Schulstraße.

Sonntag, den 27. Juni.

Glessen. Nachm. 4 Uhr im Gewerbeschäftshaus. T.O.: Wahl des gesamten Vorstandes. Anträge zum Verbandsversammlung und Wahl eines Delegierten.

Sonntag, den 28. Juni.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Hintersee. Mittags 12 Uhr im "Gasthof zum deutschen Hause", Wittenburg. T.O.: Wahl eines Delegierten zum Verbandsversammlung.

Lehnin. Nachm. 2 1/2 Uhr. T.O.: Delegiertenwahl. Beschiedenes.

Zentral-Kraenkhaus der Maurer usw.

Sonntag, den 21. Juni.

Berlin. Nachm. 10 Uhr im Gewerbeschäftshaus. T.O.: 1. Bericht von der Generalsversammlung. 2. Beschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.